



LINKE PERSPEKTIVE 2017

Beiträge der *DL21* für das SPD-Regierungsprogramm

DL21

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.

IMPRESSUM

Forum demokratische Linke 21 e.V. – die Linke in der SPD

Vorsitzende Hilde Mattheis, MdB (Hrsg.)
Geschäftsführerin Myriam Riedel
Geschäftsstelle Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

www.forum-dl21.de
info@forum-dl21.de
www.facebook.com/ForumDL21
www.twitter.com/Forum_DL21

Gestaltung Hans G. Kegel, Berlin
Druck Druckerei Nolte, Iserlohn

Februar 2017

LINKE PERSPEKTIVE 2017

Beiträge der **DL21** für das SPD-Regierungsprogramm

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Bundestagswahlkampfjahr 2017 muss die SPD mit klaren Positionen um Unterstützung werben. Klare Positionen sind Grundvoraussetzung dafür, dass wir Wählerinnen und Wähler erreichen und für diese glaubwürdig sind. Denn wir müssen feststellen, dass Bürgerinnen und Bürger den etablierten Parteien immer mehr misstrauen und ihnen immer weniger vertrauen. Das ist keine taktische Empfehlung. Sie ist dem sozialdemokratischen Anspruch geschuldet, die Gesellschaft gerecht und solidarisch zu gestalten.

Das Forum DL21 hat sich in den Jahrestagungen mit den von unseren Mitgliedern formulierten Schwerpunktthemen befasst: Arbeit und Soziales, Europa und internationales, Umwelt und Landwirtschaft, Investitionen und Steuern.

Jedes Mitglied der DL21 hatte selbstverständlich die Möglichkeit, sich konkret in die Erarbeitung der Texte einzubringen. Viele haben dies dankenswerterweise getan. Damit konnte die DL21 wieder deutlich machen, dass das Angebot von hierarchie-freiem Entwickeln von Positionen angenommen wird. Die Abschlussdebatte fand bei unserer Herbsttagung in Hamburg statt.

Ergänzend zu den Beschlüssen zu den vier Themenbereichen sind diesem Heft der DL21-Beschluss „Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik“ und der Komplettantrag „Sozialdemokratischer Aufbruch“ beigefügt.

Damit bieten wir allen Interessierten die Möglichkeit, auf der Grundlage dieser Texte Anträge für das SPD-Regierungsprogramm einzubringen. Alle Texte finden sich auch auf unserer Internetseite und können entsprechend auszugsweise oder komplett genutzt werden.

www.forum-dl21.de

Wir werden uns intensiv in den Diskussionsprozess der Gesamtpartei einmischen. Wir als Linke in der SPD sind uns sicher, dass Gerechtigkeitsfragen überzeugende Antworten brauchen. Antworten, die klarmachen für wen wir Politik machen und wie sie sich für wen auswirkt und dass unsere Richtschnur die Solidarität der Starken mit den Schwachen ist. Wir wollen mit unseren Forderungen Impulse in und Orientierung für die Gesamtpartei geben.

Ich danke im Namen des gesamten DL21-Vorstandes allen Mitgliedern für die Erarbeitung der Positionen. Es wird jetzt darauf ankommen, diese in die Gesamtpartei einzubringen und für Mehrheiten zu werben.

Hilde Mattheis

Hilde Mattheis, MdB
Bundesvorsitzende des Forums DL21

INHALT

ARBEIT, RENTE, GESUNDHEIT UND SOZIALES	7
EUROPA, INTERNATIONALES UND FRIEDEN	25
UMWELT- UND LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK	41
STEUERN UND INVESTITIONEN	59
GERECHTE UND INNOVATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK	73
PROFIL SCHÄRFEN – SOZIALDEMOKRATISCHEN AUFBRUCH GESTALTEN	
THEMENÜBERGREIFENDER MUSTERANTRAG	83



ARBEIT, RENTE, GESUNDHEIT UND SOZIALES

Präambel

*„»Frei und gleich an Würde und Rechten«,
wie es in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt,
soll jeder Mensch sein Leben in Gemeinschaft mit anderen selbst bestimmen können.
Wir streben eine Gesellschaft der Freien und Gleichen an, in der jeder Mensch
seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten kann, ohne die Würde und Freiheit
anderer zu verletzen. Wir widersetzen uns jeder Form der Diskriminierung.
Die Würde des Menschen ist unabhängig von seiner Leistung und seiner
wirtschaftlichen Nützlichkeit. Darum ist die Gesellschaft bei Behinderung,
im Alter, am Lebensanfang und am Lebensende zum Schutz der Menschenwürde
besonders verpflichtet.“*

(Hamburger Programm der SPD, 2007, S. 14)

Grundlage einer friedlichen, sozialen und inklusiven Gesellschaft ist insbesondere die solidarische und gerechte Ausgestaltung unseres Sozialstaates. Angesichts dessen ist die wachsende Ungerechtigkeit in unserem Land eine besonders große politische Herausforderung. Wir wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit damit alle in unserem Land von unserem Wohlstand profitieren. Dabei leitet uns die Idee von einer solidarischen und friedlichen Gesellschaft, in der jeder und jede die Möglichkeit von Teilhabe, gerechten Bildungschancen und guter Arbeit hat. Wir wollen, dass alle in unserem Land von unserem Wohlstand profitieren.

Die SPD macht Politik, um das Leben von Menschen gerechter zu machen. Die wachsende Ungerechtigkeit in unserem Land ist für uns die große Zukunftsherausforderung.

**Mehr
Verteilungsgerechtigkeit
durchsetzen**

*Unseren Sozialstaat
solidarisch und gerecht
ausgestalten*

Grundlage einer friedlichen, sozialen und inklusiven Gesellschaft ist insbesondere die solidarische und gerechte Ausgestaltung unseres Sozialstaates. Kranken- und Pflegeversicherung müssen so gestaltet sein, dass alle die gleichen Zugänge und Möglichkeiten der Teilhabe am medizinischen Fortschritt haben, die Ausgestaltung der Rentenversicherung muss lebensstandardsichernd sein. Bürgerinnen und Bürger müssen sich auf die Solidarität aller verlassen können, die Finanzierung muss solidarisch geleistet werden.

*Keine weitere Ausweitung
der Wettbewerbsmechanismen
im Gesundheits-, Pflege- und
Sozialbereich zulassen*

Wir wollen nicht, dass sich Wettbewerbsmechanismen im Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich weiter ausweiten und das Argument eines scheinbar notwendigen Kostendrucks in diesen Bereichen zu immer höherem Personalabbau führt.

Weder Behinderung, Krankheit noch Pflegepflegebedürftigkeit dürfen Lebensrisiken sein oder zu Benachteiligungen führen. Das Rentenalter darf nicht zur Armutsfalle werden, denn eine Teilprivatisierung der Rente hat sich längst als Irrweg herausgestellt. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden.

*Prekäre Beschäftigungs-
bedingungen bekämpfen*

Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen sind die Voraussetzungen nicht nur für einen guten gesellschaftlichen Status sondern auch für die Möglichkeit der Teilhabe. Die Prekarisierung von Berufen – also immer mehr unbefristete Beschäftigungen, Mindestlohn-Jobs und Leiharbeit sowie Werksverträge – hat in den letzten zwanzig Jahren deutlich zugenommen und stagniert weiter auf hohem Niveau. Erwerbsbiografien sind vielfältiger und unsicher geworden. Während die Managementberufe für wenige in den letzten Jahren ausgebaut und besser bezahlt wurden, besteht bei den Sozialen Diensten und im Bildungsbereich Nachholbedarf. Ein Ausbau hochwertiger Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsdienstleistungen mit guten Arbeitsplätzen wäre ein wichtiger Schritt zur Abkehr von der einseitigen Exportorientierung und würde einen wichtigen Beitrag zur Vollbeschäftigung leisten. Die Care Revolution ist sowohl für die Gleichberechtigung der Milieus als auch der beiden Geschlechter ein Thema. Die schlechte Bezahlung der Menschen in Dienstleistungsbereichen insbesondere in den Sozialen Diensten benachteiligt Berufe, in denen mehrheitlich Frauen tätig sind.

► Arbeit

Es muss zuallererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Daher brauchen wir eine neue Initiative zur Humanisierung der Arbeit. Mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und dem Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft brauchen wir außerdem die Reduzierung von Stress, Verkürzung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz, besonders hinsichtlich der zunehmenden psychischen Erkrankungen. Wir brauchen eine andere Gewichtung von Erwerbstätigkeit, Familienarbeit und ehrenamtlichen Engagement.

Ein wichtiger Gesichtspunkt für die Demokratisierung der Arbeit ist die Verbreitung des Genossenschaftsgedankens, der solidarische Selbsthilfe mit demokratischer Selbstverwaltung verbindet. In Produktivgenossenschaften, Selbstverwaltungsbetrieben und Beteiligungsunternehmen kann die bisherige Trennung von Unternehmern und abhängig Beschäftigten in der privaten Wirtschaft überwunden werden. Dieses wird den überall steigenden Ansprüchen an Qualifikation, Verantwortung und Engagement der Arbeitenden in der Zukunft am besten gerecht. Damit wird der bisherige Schwerpunkt von Wohnungs-, Vertriebs- und Konsumentengenossenschaften erweitert.

Deshalb fordern wir

- eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich,
- die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen auszubauen und eine stärkere institutionalisierte Beteiligung von Arbeitnehmer*innen in deutschen Unternehmen einzusetzen. Hierzu soll der Schwellenwert, ab dem die Drittelbeteiligung im Aufsichtsrat greift, von 500 Arbeitnehmer*innen auf 100 Arbeitnehmer*innen herabgesetzt werden. Zusätzlich soll der Geltungsbereich des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 ausgeweitet

*Genossenschaftsgedanken
für eine Demokratisierung
der Arbeitswelt verbreiten*

*Forderungen für mehr
ArbeitnehmerInnenrechte und
gute Arbeit durchsetzen*

werden. Dieser soll bereits in Unternehmen mit mindestens 500 Beschäftigten greifen (bisheriger Schwellenwert: 2.000 Beschäftigte),

- ▶ Um die Neugründung von Genossenschaften zu erleichtern, wollen wir die ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen verbessern, auch als Mittel gegen Arbeitslosigkeit,
- ▶ den Mindestlohn zu dynamisieren und armutsfest zu machen, wirksam zu kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht zu stärken sowie die Ausnahmen abzuschaffen,
- ▶ die Tarifautonomie zu stärken,
- ▶ Leiharbeit und Werkverträgen abzuschaffen,
- ▶ die Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung zu entwickeln, die Unterscheidung von ALG I und ALG II Bezug abzuschaffen und Programme gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weiter auszubauen,
- ▶ Sanktionen abzuschaffen sowie Langzeitarbeitslosen Case-ManagerInne zur Seite stellen und ein Coaching ermöglichen,
- ▶ den öffentlichen Beschäftigungssektor auszubauen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das Recht auf Teilzeit- und Telearbeit sowie ein Rückkehrrecht in die Vollzeitbeschäftigung müssen gesichert bzw. geschaffen werden. Hier kann auch die Diskussion um Industrie 4.0 und Arbeiten 4.0 eine Chance sein (siehe z.B. BMAS 2015). Erziehung und Pflege sind Arbeit.

► Solidarität in der Rentenversicherung

Die Rolle der gesetzlichen Rentenversicherung hat sich mit der Agenda 2010 grundlegend verändert. Erklärtes Ziel der Rente war es immer, den Lebensstandard nach dem Arbeitsleben zu sichern. Armutsvermeidung im Alter wurde kaum thematisiert, da dies mit gesicherten Erwerbsbiografien für viele Beitragszahler kein Thema war. Die Agenda 2010 hat die gesetzliche Rentenversicherung in ein „Niemandland“ zwischen Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung katapultiert, wobei letzteres zumindest für untere Einkommenschichten zum immer drängenderen Thema wird. Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und gebrochene Erwerbsbiografien führen dazu, dass eine viel längere Beitragszeit und/oder höhere Beiträge nötig sind, um überhaupt den Lebensstandard im Alter einigermaßen zu sichern.

Es ist derzeit damit zu rechnen, dass Altersarmut in Zukunft zunehmen wird, da sich mit der beschlossenen Absenkung des Rentenniveaus auf 43% die notwendigen Beitragszeiten weiter erhöhen und diese für prekär Beschäftigte oder Langzeitarbeitslose nicht mehr erreichbar sind. Betroffen sind davon insbesondere Frauen, die häufiger in schlecht bezahlten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wenn aber die gesetzliche Rente für immer größer werdende Teile der Bevölkerung nicht ausreicht, werden diese Menschen fragen, warum sie überhaupt in ein solidarisches Versicherungssystem einzahlen, ohne entsprechende Leistungen zu erhalten. Die Frage „Wofür habe ich mein Leben lang gearbeitet?“ stellt die gesetzliche Rente als soziales Sicherungssystem insgesamt in Frage. Insbesondere die heute junge Generation glaubt kaum, dass ihre Rente später reichen wird.

Gleichzeitig bringen die beiden anderen Säulen der Rentenversicherung – betriebliche und private Säule – nicht die Erfolge, die sich die Konstrukteure der Agendapolitik erhofft hatten. Dies liegt zum einen an der nicht überraschenden Feststellung, dass gerade die Bevölkerungsgruppen, die dringend eine zusätzliche private Vorsorge bräuchten, sich eben jene nicht leisten können, da ihr Lohn kaum zum Leben reicht.

Auswirkungen der Agenda 2010 auf die Rente korrigieren

Rentenniveau über 50% sichern

Die Gewinner der staatlich hochgelobten Riesterrente sind zum anderen nicht die BeitragszahlerInnen und RentnerInnen, sondern vorrangig die Finanzbranche. Die Riesterrente kann generell das sinkende Rentenniveau nicht ausgleichen.

Auch eine einseitige Stärkung der betrieblichen Rentenvorsorge wird keine Entlastung bringen. Der größte Teil der Beschäftigten hat keinen Zugang zu einer Betriebsrente.

Die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wird daher von einem überwiegenden Teil der Beschäftigten als sinnvoll angesehen.

Deshalb fordern wir

*Die gesetzliche Rente stärken
und private Vorsorge nicht
durch Steuern subventionieren*

- ▶ die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge zu machen. Sie muss vor allem so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt,
- ▶ das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % zu stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen,
- ▶ wer einmal in die Rentenkasse gezahlt hat, muss im Ruhestand mehr Geld erhalten, als dies durch die bloße Grundsicherung der Fall wäre. Hier muss in Abhängigkeit von den eingezahlten Beträgen ein angemessener Aufschlag erfolgen,
- ▶ die Beitragsbemessungsgrenze zu erhöhen,
- ▶ die Einführung einer Erwerbstätigenrente, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten Beiträge zahlen müssen,

- ▶ die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abzuschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen,
- ▶ die betriebliche Rente darf nicht zum Schwerpunkt einer zukünftigen Rentenreform werden,
- ▶ dass die Quasi-Abschaffung der Erwerbsminderungsrente in der GRV im Rahmen der Agenda 2010 rückgängig gemacht werden muss. Erwerbstätige mit Vorerkrankungen oder risikoreichen Berufen zahlen bei der privaten Berufsunfähigkeitsversicherung hohe Zuschläge oder werden sogar ganz ausgeschlossen,
- ▶ die Umsetzung des Rentenüberleitungsabschlussgesetzes zur Angleichung der Renten in Ost und West ist eine wichtige Aufgabe in der neuen Regierungsperiode ab 2017,
- ▶ eine Wiederbelebung der Debatte um eine Wertschöpfungsabgabe – wie in Österreich.

► **Bürgerversicherung**

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die gesetzliche Pflegeversicherung verzeichnen eine strukturelle Einnahmenschwäche, die derzeit durch die dauerhaft gute konjunkturelle Entwicklung überlagert wird. Diese strukturelle Einnahmenschwäche wird durch die Beitragsbemessungsgrenze, die Begrenzung auf Lohn- und Erwerbseinkommen und durch die Risikoselektion zugunsten der PKV hervorgerufen.

Konjunkturelle Krisen werden jedoch auf die ausschließlich von den Versicherten zu zahlenden Zusatzbeitragssätze durchschlagen.

Gerechtigkeitsdefizite in der GKV beheben

Gleichzeitig gibt es in der GKV Gerechtigkeitsdefizite wie eine gleich hohe Belastung bei gleich hohem Einkommen bei unterschiedlichen Versicherungszahlen, der Belastung von Einkommen aus unselbstständiger Arbeit aber nicht von Einkommen aus Vermögen, eine unterschiedlich hohe Belastung bei unterschiedlich hohem Einkommen und einer regressiven Wirkung der Beitragsbemessungsgrenze.

Außerdem treten die Defizite der Trennung in gesetzliche und private Versicherung immer deutlicher hervor.

Daher wollen wir eine Versicherungspflicht für alle in einer Bürgerversicherung mit einheitlichen Rahmenbedingungen gestalten, in die jeder Bürger einzahlt, unabhängig vom Einkommen. Wenn auch Wohlhabende in die Versicherung einzahlen, kann der Beitragssatz sinken und Unternehmen und Arbeitnehmer können entlastet werden. Nur so kann die Ungleichbehandlung aufgehoben und die negative Risikoauslese abgeschafft werden.

Für diesen Kurs gibt es keine grundsätzlich sozial- und verfassungsrechtlichen Bedenken. Allerdings gibt es keine Regelungskompetenz des Bundesgesetzgebers für Beamte der Bundesländer, und Altverträge müssen einen verfassungsrechtlichen Schutz genießen.

Daher besteht die Notwendigkeit der Organisation eines Übergangs, der u.a. ein befristetes Wahlrecht für Altverträge enthält und die Mitnahme der Altersrückstellungen garantiert.

Deshalb fordern wir

- ▶ die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung in der Krankenversicherung,
- ▶ die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf das Niveau des Spitzensteuersatzes in der Einkommenssteuer,
- ▶ die Möglichkeit für Beamte auf Bundesebene über eine Sonderregelung in eine Bürgerversicherung einzutreten,
- ▶ dass die Bürgerversicherung auch für Kleinselbstständige bezahlbar sein muss, daher muss die Mindestbemessungsgrundlage abgesenkt werden,
- ▶ die Verbeitragung aller Einkommensarten, da die Anteile von Einkommen aus Vermögen immer stärker steigen. Diese Verbeitragung ist über die Finanzbehörden abzuwickeln,
- ▶ dass private und gesetzliche Krankenversicherungen einen Bürgerversicherungstarif anbieten müssen, der mindestens den heutigen Leistungsansprüchen entspricht,
- ▶ dass es darüber hinaus wie 2013 einen Schuldenerlass für säumige Beitragszahlerinnen geben muss.

*Paritätische Bürger-
versicherung einführen*

► Soziales

I. Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist eine wichtige Stütze für die medizinische Vorsorge, Versorgung und Gesundheitsförderung der Bevölkerung. Die öffentlichen Gesundheitsämter überwachen Hygiene in Krankenhäusern, sind Ansprechpartner insbesondere für sozial Benachteiligte, Schwangere und Menschen ohne Krankenversicherung und bieten Gesundheitsförderung und Prävention im Rahmen von Impfungen bzw. Gesundheitskurse für Kinder und Jugendliche an. Mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen übernimmt der ÖGD immer mehr Aufgaben, z.B. bei der Impfung gegen in Deutschland ausgerottete Krankheiten wie Polio. Gleichzeitig findet der ÖGD in der öffentlichen Debatte kaum Beachtung und ist durch ständige Sparzwänge der Bundesländer immer weiter ausgedünnt worden. Zudem ist eine Beschäftigung im ÖGD sowohl für ÄrztInnen wie für Pflegepersonal aufgrund der schlechteren Bezahlung als in Krankenhäusern kaum attraktiv.

Deshalb fordern wir

- eine Lohnerhöhung für ÄrztInnen, Pflegepersonal und SozialarbeiterInnen innerhalb des ÖGD auf die im Gesundheitssektor üblichen Vergütungen bzw. Tarifverträge,
- eine generell bessere finanzielle Ausstattung des ÖGD durch die Länder, verbunden mit einer Leistungsausweitung in den Bereichen Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche (z.B. Vorsorgeuntersuchungen in Kita und Schule). Dafür sollen ggf. Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern für eine dauerhafte Finanzierung getroffen werden.

*Öffentlichen
Gesundheitsdienst fördern*

II. Schuldnerberatung

Schuldnerberatungsstellen werden von den Ländern finanziert, aber sehr unterschiedlich. Länder und Kommunen haben ihre Finanzierung für diesen Bereich stark gekürzt. Die Schuldnerberatungsstellen, die in der Regel von den freien Wohlfahrtsverbänden betrieben werden, brauchen eine gesicherte Finanzierung. Da der Bund den Ländern und Kommunen nicht direkt Gelder zur Verfügung stellen kann, brauchen die Länder eine zusätzliche Einnahmequelle z.B. aus einer höheren Erbschaftssteuer.

Schuldnerberatungsstellen sind aber gerade bei wachsender Verschuldung der Bevölkerung wichtige Beratungsstellen, die präventiv und begleitend arbeiten müssen.

In Deutschland gibt es ca. 6,7 Mio. überschuldete Privatpersonen, die Schuldenquote der Bevölkerung liegt somit bei 9,92 %. Das Schuldenvolumen beträgt 228 Mrd. Euro. Die wenigsten kommen aus der Schuldenspirale heraus. Hauptgründe der Überschuldung sind: Arbeitslosigkeit (19%), Trennung, Scheidung, Tod des Partners (12%), Erkrankung, Sucht, Unfall (12%), unwirtschaftliche Haushaltsführung (11%).

Die Korrelation von Armut und Überschuldung muss durch Schaffung ausreichender Einkommensverhältnisse unterbrochen werden. Dies ist ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag, der zum Rückgang von Überschuldung führen wird.

Durch die Reform des Privatinsolvenzrechts zum 01.07.2014 sind die anerkannten Schuldnerberatungsstelle mit neuen Aufgaben belastet worden, gleichzeitig ist aber nicht dafür Sorge getragen worden, dass ein bedarfsgerechtes Netz von Beratungsstellen entsteht und sie personell und finanziell so ausgestattet werden, dass sie ihren präventiven und begleitenden Aufgaben gerecht werden können. Das hat dazu geführt, dass ein weiterer „grauer Markt“ von Beratungsstellen entstanden ist, die keine adäquate Hilfe für verschuldeten Menschen sind und bei denen der eigene wirtschaftliche Erfolg im Fokus der Beratung steht. In der Regel werden Beratungsstellen reaktiv

*6,7 Mio. überschuldete
Privatpersonen in Deutschland
beraten und unterstützen*

*Korrelation von Armut und
Überschuldung durchbrechen*

in Anspruch genommen. Also erst, wenn bereits eine Verschuldung eingetreten ist. Für die präventive Arbeit fehlt den Beratungsstellen das Geld. Hierdurch könnte aber in jedem zweiten Fall die Überschuldung vermieden werden.

Deshalb fordern wir

- ▶ den Zugang zur Schuldnerberatung für alle überschuldeten und überschuldungsgefährdeten Menschen,
- ▶ die Finanzierung der Beratungsstellen durch eine höhere Erbschaftssteuer,
- ▶ Finanzierung eines flächendeckenden Präventionsangebotes, das als Finanzcoaching an bestehende Beratungsstellen in der Erwachsenenbildung und an Schulen angeboten werden muss,
- ▶ die rechtlichen Rahmenbedingungen des Privatinsolvenzrechts und der allgemeinen Schuldnerberatung müssen dahingehend verändert werden, dass eine Begleitung der Schuldner zur Pflichtaufgabe gehört. Hierbei muss der psycho-soziale Aspekt im Vordergrund stehen und es muss an den individuellen Ursachen der Verschuldung gearbeitet werden um eine erneute Überschuldung zu vermeiden.

*Schuldnerberatungsstellen
besser finanzieren*

► Wohnen

Immer mehr Menschen zieht es in Großstädte und Ballungsräume. Arbeit, gute Infrastruktur, vielfältige kulturelle und sportliche Angebote, aber auch Bildungsvielfalt, engmaschige Versorgungsnetze im medizinischen Bereich bis hin zur breit gefächerten Betreuung von Kindern locken in die zentralen Städte. Kommunen und Stadtverwaltungen reagieren auf diesen Trend viel zu spät und haben oftmals Immobilienhain „das Geschäft“ überlassen. Wohnen ist teuer geworden in Deutschland. Die große Nachfrage an Wohnungen, immens steigende Baulandpreise, lange vernachlässigte Wohnungsbaupolitik, die anhaltend niedrigen Zinsen tragen zu rasant steigenden Mieten bei, die die Menschen überfordern. Als gesichert geltende Geldanlage wird das Betongold zunehmend der Spielball von Lobbyisten und Spekulanten.

Es wird zwar so viel gebaut wie lange nicht mehr, Wohnungsbau und Stadtentwicklung sind aus dem langen politischen Schattendasein in den medialen Fokus gerückt, doch die Trendwende kann den steigenden Bedarf nicht so schnell kompensieren.

Mehr als 40% – teilweise sogar bis zu 60% – müssen die BewohnerInnen für ihr Zuhause vom Haushaltseinkommen abgeben. Je geringer das Einkommen, desto höher der Einschnitt ins Haushaltsbudget. Wer einen langjährigen Mietvertrag hat, bleibt in der Wohnung, selbst wenn sie durch Auszug von erwachsen gewordenen Kindern viel zu groß geworden ist. Ein Umzug, selbst in eine kleinere Wohnung, gleicht meist einer Mietverdopplung. Selbst bei einer energieeffizienten Wohnung mit geringen Heizkosten verbleibt eine Miete, die dem kleineren und mittleren Geldbeutel überfordert.

Politisch reagieren wir mit Mietpreisbremse, verdichteten urbanen Bebauungsgebieten, nötigen Wohngeldanpassungen und Milliarden für den wiederentdeckten sozialen Wohnungsbau. Alles wichtige und dringend benötigte Schritte mit eindeutig sozialdemokratisch geprägter Handschrift.

*Wohnraum nicht zum
Spielball von Lobbyisten und
Spekulanten machen*

Steigende Mieten eindämmen

*Wohnen als Grundbedürfnis
der Menschen ansehen*

Es ist ein Umdenken erforderlich, welches sich langsam auch in die Debatten mischt. Wohnen ist nicht nur ein einfaches Gut, angeboten auf einem Markt, der die Preise nach Nachfrage und Angebot bestimmt. Wohnen ist ein grundsätzliches Bedürfnis für uns. Verlieren wir unser Dach über dem Kopf, verlieren wir unser zu Hause, dann sind wir gesellschaftlich ausgegrenzt. Verlieren wir unsere Heimat, unser Quartier, müssen wir unser soziales Umfeld neu entwickeln, unser soziales Netz neu knüpfen. Es ist schön, wenn man es selbst anstrebt, einen neuen Job, eine neue Stadt, neue Chancen, neue Möglichkeiten, die sich bieten, aber es ist ein gravierender Einschnitt, wenn es unfreiwillig eintritt.

Wir brauchen eine neue Gemeinwohlorientierung im Wohnungswesen wie wir dies mit dem sozialdemokratischen Projekt „Soziale Stadt“ initiiert haben. Der Markt allein regelt nicht die langfristigen Schwankungen und Zyklen. Eine soziale und nachhaltige Wohnungspolitik ist gefragt.

Deshalb fordern wir

*Wirksame Maßnahmen für
bezahlbares Wohnen ergreifen*

- ▶ **verstetigte soziale Wohnraumförderung** mit 5 Milliarden Euro jährlich mit dauerhaften Sozialbindungen in gemeinsamer Verantwortung von Kommunen, Ländern und Bund,
- ▶ **ressortübergreifende Strategien** wie z.B. das Projekt Soziale Stadt, politische Konzepte und Förderkulissen auf allen Handlungsebenen, verstärkter Quartiersbezug,
- ▶ **Stärkung der sozialen Funktion des Mietrechts:** Mietpreisbremse bundesweit flächendeckend einführen, §5 Wirtschaftsstrafgesetz anpassen, so dass zu hohe Miete als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann, angemessene Ausgestaltung der Modernisierungsumlage: Senkung der Modernisierungsumlage und geltend machen des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes für Mieter und Vermieter, so dass möglichst effiziente und kostengünstige Sanierungen erfolgen, verpflichtend, nachprüfbar Angaben zur Vormiete, rechtssichere Gestaltung des Mietspiegels auf breiterer Basis und längerem Bezugszeitraum,

- ▶ nachhaltige und soziale Boden- und Baulandpolitik, Rekommunalisierung von Boden,
- ▶ starke kommunale Wohnungsbaugesellschaften und Stärkung genossenschaftlichen Wohnens als Korrektiv auf dem Wohnungsmarkt,
- ▶ Reform der Grundsteuer, unter Berücksichtigung von demografischer Differenzierung hinsichtlich eines Steuertarifs sowie unter Berücksichtigung von Bodenmobilität bzw. Aktivierungsmöglichkeiten für Brachland, hin zu einer unverbundenen Grundsteuer,
- ▶ feste Verankerung der Gemeinwohlorientierung in der gesamten Wohnungswirtschaft,
- ▶ Prävention vor Wohnungslosigkeit,
- ▶ verpflichtender Erhalt der vollen Instandhaltungsrücklagen bei Veräußerung von Wohnungsbeständen.

Der Wohnungsmarkt hat deutlich gezeigt, dass eine Selbstregulierung zu starken Verwerfungen führt. Daher ist eine gute anteilige Mischung mit dauerhaft sozialgebundenen Wohnungen unbedingt erforderlich, um sozial schwächeren, aber auch niedrigen und mittleren Einkommensgruppen einen Zugang zum Wohnungsmarkt gewährleisten zu können. Wohnen ist Daseinsvorsorge und liegt somit auch in der Mitverantwortung von Bund, Ländern und Kommunen. Gerade auch Menschen, die einen erschwerten Zugang zum Mietwohnungsmarkt haben, durch Krankheit, frühere Abhängigkeiten oder andere Dinge, bietet der soziale Wohnungsmarkt einen Zugang zum Wohnen und damit wieder die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Wohnungslosigkeit entsteht oft schleichend. Zuerst findet eine langsame Verschuldung statt, im weiteren Prozess werden Mietzahlungen oft erst ausgesetzt, säumig beglichen bis hin zum völligen Verdrängen und der vollständigen Zahlungsunfähigkeit. Nach Schätzungen der Wohnungslosenhilfe (BAGFW) könnten 60-70 % der Wohnungsverluste durch präventive Maßnahmen

*Sozialen Wohnungsmarkt
ausweiten*

Präventionsfachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit einrichten

verhindert werden. Viele Vermieter sind auch daran interessiert, ihre Mieter zu halten. Bundesweit fehlt bisher jedoch eine konkrete Erhebung. Bisher hat NRW als einziges Bundesland eine statistische Erhebung von Wohnungslosen eingeführt, andere Bundesländer denken darüber nach. Sinnvoll wäre allerdings eine bundesweite, turnusmäßige Statistik gekoppelt an den Wohn- und Mietbericht oder auch den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. **Bundesweit sollten zudem Präventionsfachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit eingerichtet werden**, um Menschen vor dem schlimmen Fall des Verlustes des vertrauten Heims zu bewahren.

Aktive Liegenschafts- und Bodenvorratspolitik betreiben

Die hohen Baupreise in Ballungsräumen sind maßgeblich geprägt durch die Baulandpreise. Um Spekulationen um Boden und Wohnungsbau in Zeiten von Engpässen keinen Raum zu lassen, muss **eine aktive Liegenschafts- und Bodenvorratspolitik betrieben werden**. Die konsequente Anwendung von Sanierungs- und Entwicklungsgebieten oder die kooperative Baulandentwicklung durch Kommunen können hier entlastend wirken.

Kommunen durch revoltierende Bodenfonds beim Bodenerwerb unterstützen

Aber auch der **Erhalt des kommunalen Zugriffs auf Boden muss verstärkt werden. So können revoltierende Bodenfonds Kommunen beim Bodenerwerb unterstützen**, um den Boden der Spekulation zu entziehen und dadurch Handlungsoptionen für die Stadtentwicklung zu gewinnen. Wohnungspolitik wirkt immer nur langfristig. Um eine Verknappung oder ein Überangebot von Wohnungen zu vermeiden, helfen nur Langfriststrategien. Selbst der schnellste Bau, bedarf einer Bauplanung, Baugenehmigungsverfahren und einer ordentlichen Bürgerbeteiligung, wenn er nicht scheitern soll.

Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik

Auch funktioniert Wohnen allein, ohne Infrastruktur, ohne Stadt, ohne Ort oder Quartier drum herum, nicht. Deswegen ist ein Umdenken, wie es in Teilen bereits gestartet ist, zu einer gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik als Teil der Daseinsvorsorge unerlässlich. **Soziale Quartierslösungen, Kooperationen mit Pflege- und Betreuungsmöglichkeiten, das Angebot von barrierearmem Wohnraum zu geringen Mieten usw. muss stärker angereizt und belohnt werden. Wer sich für das Gemeinwohl engagiert, muss eindeutig Vorrang bei der Grundstücksvergabe erhalten oder durch steuerliche Anreize befördert werden**, denn wer einen wichtigen Beitrag für stabile

Nachbarschaften, für Integration und für den sozialen Zusammenhalt leistet, sich durch verantwortungsvolle Quartiersentwicklung auszeichnet, trägt zum Gemeinwohl und zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft, zur Teilhabe aller bei. Wohnungs- und Quartierspolitik gehen uns alle an.



EUROPA, INTERNATIONALES UND FRIEDEN

► Frieden

I. Krisenprävention, Dialogbereitschaft und Entspannungspolitik

*„Von deutschen Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.“
(Willy Brandt)*

*„Die Regierungen der BRD und der DDR bekräftigen ihre Erklärungen,
dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird [und] ...
dass das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird,
es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung
und der Charta der Vereinten Nationen.“
(2+4-Vertrag von 1990 als Voraussetzung der deutschen Einheit)*

Die Welt, in der wir leben, ist in den vergangenen Jahren nicht friedlicher geworden. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung schon 2004 den „Aktionsplan zivile Krisenprävention“ beschlossen hat und sinnvolle Gremien, wie etwa den „Ressortkreis zivile Krisenprävention“ gegründet hat, herrscht auch in der deutschen Politik bei der Konfliktbearbeitung nach wie vor ein Missverhältnis zwischen militärischen und zivilen Instrumenten zugunsten der militärischen Mittel. Konflikte bahnen sich über einen langen Zeitraum an. Sie finden jedoch nach wie vor viel zu oft erst dann Beachtung, wenn es für eine nichtmilitärische Lösung schon zu spät scheint. Die internationale Schutzverantwortung (RtoP) gebietet es, Menschen, die von ihrer eigenen Regierung nicht geschützt werden können, zu helfen. Das kann am sinnvollsten durch präventive und zivile Maßnahmen geschehen.

*Missverhältnis zwischen
zivilen und militärischen
Mitteln abbauen*

*System der kollektiven
Sicherheit ist nötig*

Die Militärinterventionen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Anwendung von Gewalt oft mehr Schaden als Nutzen mit sich bringt: In Afghanistan werden die Taliban stärker, der Irakkrieg 2003 hat den Boden für den sogenannten Islamischen Staat bereitet, und auch in Libyen, wo die NATO 2011 eingegriffen hatte, fasst er Fuß.

Trotzdem ist die militärische Logik nach wie vor zu stark präsent. Das zeigt sich etwa im Umgang mit Russland nach der Annexion der Krim und den Auseinandersetzungen in der Ostukraine. Statt auf Entspannung und Dialog setzen die NATO-Staaten auf Abschreckung, indem sie Truppen an die Grenze zu Russland verlegen.

Die NATO wurde als Verteidigungsbündnis im Kalten Krieg gegründet. Nachdem der Ost-West-Konflikt inzwischen mehr als 30 Jahre beendet ist, gilt es, die NATO als Bündnis der kollektiven Verteidigung zu überdenken. Wir brauchen ein System der kollektiven Sicherheit, nicht der geteilten Sicherheiten.

Um Frieden zu erreichen, muss auch die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Vereinten Nationen in politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen gestärkt werden.

Deshalb fordern wir:

- ▶ Um dem Konflikt in der Ostukraine mit Russland zu begegnen sollte eine europäische Friedenskonferenz einberufen werden. Die Entspannungspolitik muss wiederbelebt werden,
- ▶ Die Mittel für Friedensförderung und Konflikttransformation sind aufzustocken,
- ▶ Im Auswärtigen Amt ist ein permanenter Arbeitsstab einzurichten, der Länder- und Konfliktanalysen erstellt und deren Monitoring übernimmt,
- ▶ Frühwarnsysteme und die sogenannte „early action“ müssen vorangebracht werden,

- ▶ Deutschland muss seiner internationalen Schutzverantwortung gegenüber von Genozid bedrohten Menschen von allem durch Prävention und zivile Maßnahmen mit mehr Nachdruck insbesondere durch ihren Einfluss auf verbündete Staaten nachkommen,
- ▶ Wir streben langfristig eine inklusive Sicherheitsarchitektur für ganz Europa an, die die NATO perspektivisch überflüssig macht,
- ▶ Die Stärkung der UNO,
- ▶ Auslandseinsätze der Bundeswehr darf es nur mit UN-Mandat geben,
- ▶ Die US-amerikanischen Atomwaffen sollen aus Deutschland abgezogen werden,
- ▶ Die Wehrpflicht soll nicht nur ausgesetzt, sondern abgeschafft werden.

II. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung

Krisenprävention hängt eng mit Entwicklungspolitik zusammen. Denn Frieden und Entwicklung bedingen einander. Frieden braucht Entwicklung und Entwicklung braucht Frieden. Konflikte sind oft strukturelle Ursachen zurückzuführen – wie etwa auf Armut, ungleiche Handelschancen, Auslandsverschuldung, ungleichen Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen oder Unterdrückung von Minderheiten.

Trotz dieser Erkenntnisse tun weder Deutschland, noch die EU, noch die Industriestaaten insgesamt genug, um der globalen Ungleichverteilung wirksam zu begegnen. Im Gegenteil tragen sie ihren Teil dazu bei, das Nord-Süd-Gefälle aufrecht zu erhalten. Nach wie vor wird auf Kosten anderer Länder etwa in Afrika oder Asien produziert, werden etwa Fischer vor der Afrikanischen Küste aufgrund der Überfischung durch „westliche“ Fangflotten ihrer Lebensgrundlage beraubt.

*Armut reduzieren,
um Frieden zu fördern*

*Globales Nord-Süd-Gefälle
abbauen*

*Mehr für Entwicklungshilfe
und Armutsvermeidung tun*

Die EU trägt mit ihren ungerechten Handelsabkommen gegenüber afrikanischen Staaten dazu bei, die Armut in diesen Ländern zu zementieren. Die konsequente Umsetzung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) kann dazu beitragen, nicht nur die weltweite Armut zu bekämpfen, sondern würde auch umwelt- und klimaverträgliches Wirtschaften ermöglichen.

Deshalb fordern wir

- ▶ Die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung, in der den Schwellen- und Entwicklungsländer die Handelsbedingungen nicht diktiert werden, sondern in der wir auf Augenhöhe miteinander fairen Handel treiben,
- ▶ Handelsabkommen, die den Interessen des globalen Südens gerecht werden,
- ▶ Den Abbau sozialer Ungleichheit zwischen Nord und Süd,
- ▶ Die Minderung der weltweiten Armut,
- ▶ Die Aufstockung der Mittel für Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BIP. Entwicklungshilfefzahlungen sollen außerdem vollständig von der Rückzahlungspflicht befreit werden,
- ▶ Die Bundesregierung soll die SDGs national umsetzen und sich auf internationaler Ebene für deren Einhaltung einsetzen.

III. Rüstungsexporte und Abrüstung

Waffen bringen häufig in internationalen Konflikten keine Eindämmung von Gewalt, sondern führen eher zu einer weiteren Eskalation. Am tödlichsten ist hier der Einsatz von Kleinwaffen, weshalb sie auch oft als Massenvernichtungswaffen bezeichnet werden.

Die Existenz von Massenvernichtungswaffen in einem Land birgt die Gefahr von Rüstungsspiralen, da sie in nicht-verbündeten Ländern ein Gefühl der Unsicherheit hervorrufen. Diese gefühlte Bedrohung führt zu dem Bestreben, ebenfalls Massenvernichtungswaffen besitzen zu wollen. Je mehr ABC-Waffen es gibt, desto größer ist die Gefahr, dass diese tatsächlich angewendet werden.

Nach wie vor ist Deutschland drittgrößter Exporteur von Rüstungsgütern. Und nach wie vor werden Kriegsgeräte auch in Krisengebiete geliefert. Der Deutsche Bundestag wird über diese Exporte zu spät informiert. Eine Debatte im Parlament findet erst dann statt, wenn die das Genehmigungsverfahren schon so weit vorangeschritten ist, dass bestimmte Ressorts sich scheuen, die Ausfuhrerlaubnis zurückzuziehen, weil sie milliardenschwere Schadensersatzforderungen der Unternehmen fürchten.

Aktuell sollen dem Parlament nur endgültige Entscheidungen des Bundessicherheitsrates vorgelegt werden. Der Bundessicherheitsrat befasst sich allerdings nur mit 80 bis 100 von insgesamt 16.000 Ausfuhrgenehmigungen. Wenn der Bundestag allerdings schon über Voranfragen beraten würde, könnte die damit hergestellte Transparenz die Regierungen bei der Erteilung von Genehmigungen vorsichtiger agieren lassen.

Die Federführung bei der Entscheidung über Waffenexporte obliegt nach wie vor dem Wirtschaftsministerium. Rüstungsexporte sind aber kein Mittel der Wirtschafts- sondern der Außenpolitik. Es handelt sich um Entscheidungen, die das Thema Krieg und Frieden betreffen. Daher ist die Zuständigkeit beim Auswärtigen Amt anzusiedeln. In diesem Ministerium gibt es die notwendigen Kompetenzen, um die Auswirkungen von Rüstungsexporten ganzheitlich beurteilen zu können. Wirtschaftsinteressen dürfen bei Fragen von Rüstungsexporten keine Rolle spielen. Nur wenn wir von Anfang an Transparenz herstellen und ergebnisoffen über Waffenausfuhren diskutieren, werden künftige Bundesregierungen verantwortungsvoll agieren.

*Massenvernichtungswaffen
reduzieren und langfristig
abschaffen*

*Bundestag über Waffen-
exporte entscheiden lassen*

*Deutschland muss auch
in der Rüstungsexportpolitik
seiner internationalen
Verantwortung gerecht
werden*

Deshalb fordern wir:

- ▶ Den Stopp von Waffenexporten. Sollte dies nicht umgesetzt werden,
 - dürfen zumindest keine Rüstungsgüter in Krisengebiete geliefert werden. Außerdem ist eine Positivliste der Länder zu erstellen, in die keine Waffen geliefert werden,
 - muss die Regierung schon im Vorfeld von Entscheidungen über Rüstungsexporte – auch über Voranfragen – für Transparenz zu sorgen. Der Bundestag muss entsprechend bereits über Voranfragen informiert werden,
 - muss die Entscheidung über die Genehmigung von Rüstungsexporten beim Auswärtigen Amt und nicht beim Wirtschaftsministerium liegen,
 - sind die von Rot-Grün geschaffenen Exportrichtlinien einzuhalten,
 - müssen alle Waffenexporte vom Deutschen Bundestag genehmigt werden,
- ▶ Die internationale Ächtung der ABC-Massenvernichtungswaffen muss praktisch durch planmäßig schrittweise Reduzierung umgesetzt werden,
- ▶ Der Rüstungsetat soll maximal um die Inflationsrate erhöht werden,
- ▶ Industrie- und sozialpolitische Initiativen für eine Konversion der Rüstungsindustrie.

► Europa

Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimationsdruck geraten ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter dieser Politik leiden Menschen vor allem in Südeuropa. Am Beispiel Griechenlands lassen sich die Auswirkungen der Austeritätspolitik deutlich beobachten. Griechenland wird von Europa doppelt belastet. Zum einen durch die unsolidarische Haltung in der Flüchtlingsfrage, zum anderen durch die Austeritätspolitik. Dadurch ist die Schuldenlast des Landes inzwischen massiv auf 180 % des BIP gestiegen.

Aber auch bei uns sind Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre Beschäftigung abgedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.

Der durch die Austeritätspolitik beförderte Sozialabbau verstärkt Bedrohungsängste in der Arbeitnehmerschaft und begünstigt damit rechtspopulistische Stimmungen. All das ist das Gegenteil dessen, was die Menschen von einem vereinigten Europa erwarten.

Die konservative Europapolitik konnte die zunehmende wirtschaftliche und soziale Divergenz in der EU, vor allem in der Eurozone, nicht stoppen. So ist zum Beispiel die italienische Volkswirtschaft, die drittgrößte der Währungsunion, in den letzten sechs Jahren um durchschnittlich ca. 0,3 Prozentpunkte geschrumpft; die deutsche hingegen ist durchschnittlich um ca. 1,9 Prozentpunkte gewachsen. Das schlägt sich auch auf den Arbeitsmarkt nieder: Während hierzulande immer neue Beschäftigungsrekorde verbucht werden, verharrt die Arbeitslosenquote in Italien, aber auch in Frankreich, immer noch bei ca. 10 Prozent (ganz zu schweigen von den Quoten in Griechenland und Spanien). Diese massiven Unterschiede bergen nicht nur Sprengkraft für die Währungsunion, sondern auch hohe politische Risiken für den Zusammenhalt der Gemeinschaft.

Deutschland hat mit dem hier – insbesondere durch der Agenda 2010 – ausgeübten Lohndruck

Austeritätspolitik wirkt sich destabilisierend aus

Wirtschaftliche und soziale Spaltung Europas beenden

nach unten einen Prozess der realen Abwertung deutscher Exporte durchgesetzt. Das hat zu einer Verringerung der Importe geführt und darüber der europäischen Wirtschaft geschadet. Diese ökonomische Misere wird verschärft, weil Deutschland an seinem Kurs einer überzogenen Exportorientierung festhält und damit die anderen Länder zur Anpassung ihrer Löhne und Sozialleistungen nach unten zwingt. Die Schuldenbremse blockiert darüber hinaus die staatlichen Möglichkeiten von positiven Konjunkturimpulsen über öffentliche Investitionen.

Austeritätspolitik beenden

Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität. Wir fordern die Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge. Wir brauchen eine neue Verständigung über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum Ausgangspunkt nimmt und ein qualitatives Wachstum anstrebt, welches erhöhte Lebensqualität aller Menschen durch Steigerung der Qualität von Produkten und Dienstleistungen bedeutet.

Nach dem Brexit steckt die EU wohl in der größten Krise ihrer Geschichte. Dieser Krise können wir nur mit einer klaren Linie begegnen. Und dies bedeute eine Kehrtwende hin zu einem demokratischen, sozialen und ökologischen Europa der Vielen.

Deshalb fordern wir:

- ▶ **Eine EU-Investitionsinitiative für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung, Infrastrukturnetze, ökologische Landwirtschaft, Schutz der Umwelt und des Kulturerbes,**
- ▶ **Ein europäischer Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen,**
- ▶ **Die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von Finanztransaktionen und CO₂-Emissionen/Die Schaffung eines Eurozonenbudgets mit der Unternehmenssteuer als gemeinsame Steuer,**

- ▶ Eine Neuordnung der Finanzwirtschaft. Das heißt im Einzelnen:
 - Der Finanzsektor muss schrumpfen. Banken, die zu groß zum Sterben sind (too big to fail), darf es nicht mehr geben. Dafür braucht es u.a. höhere Eigenkapitalanforderungen für Finanzinstitute,
 - Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen,
 - Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen,
 - Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren sozialen und ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung,
 - Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung in der Finanzwirtschaft,

- ▶ Eine Weiterentwicklung der europäischen Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Ziel muss sein, wirtschaftspolitische Steuerungsinstrumente für die Eurozone zu schaffen, um die Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen und die wirtschaftliche und soziale Divergenz zu stoppen und umzukehren. Diese neuen Instrumente müssen demokratisch legitimiert sein. Dafür braucht es
 - ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),
 - eine gemeinsame Fiskalpolitik,
 - eine gemeinsame Haushaltspolitik,
 - eine gemeinsame Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik,

*Europa zu einem
sozialen Europa für seine
BürgerInnen gestalten*

- ▶ die Einführung von europäischen Mindeststandards für nationale Arbeitslosenversicherungen und nationale Mindestsicherung,
- ▶ nichtgewählte Institutionen, wie die EU-Troika, dürfen den Mitgliedstaaten keine Politik diktieren.

Wir schlagen vor, die wirtschaftspolitische Steuerung und demokratische Legitimität der Eurozone zu stärken. Dazu gehört ein Eurozonenbudget, das für mehr Flexibilität in der Wirtschaftspolitik sorgt. Als Grundstein für eine gemeinsame Fiskalpolitik ließe sich zunächst eine neue Haushaltslinie im EU-Budget einführen, indem die Mitglieder der Eurozone auf bisherige Zuweisungen verzichten. Dies ist auch jetzt schon ohne Vertragsänderungen möglich. Auf dieser Basis kann dann mittelfristig ein Eurozonenbudget in Höhe von ca. 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Eurozone eingeführt werden. Es würde aus einer konjunkturabhängigen Steuer finanziert werden und Ausgaben für Infrastrukturprojekte und Budgetzuweisungen an Mitgliedsstaaten vorsehen. Verwaltet werden würde dieses Budget durch einen europäischen Finanzminister, der durch einen Eurozonen-Ausschuss im Europäischen Parlament demokratisch legitimiert würde.

Um besser auf asymmetrische Schocks zu reagieren und die soziale Konvergenz zu stärken, wäre zudem ein europäisches Kurzarbeitergeld – vorzugsweise geknüpft an soziale Mindeststandards zur Stärkung der sozialen Dimension – ein geeignetes Mittel.

In Europa gibt es nach wie vor ein Demokratiedefizit. So hat das Europäische Parlament (EP) zwar seit 1979 eine schrittweise Aufwertung erfahren, es besitzt aber trotzdem immer noch nicht die vollen Rechte eines ordentlichen Parlamentes.

Zudem ist der europäische Entscheidungsprozess ineffektiv und undemokratisch. Die immer stärker zwischenstaatliche Abstimmung zwischen nationalen Regierungen ist längst zur Handelsmaxime konservativer Europapolitik geworden. Sie ist aber nicht Lösung, sondern Teil

des Problems. Denn im Kontext nationaler Wahlen sind Rechtsbeugung und -bruch von europäischen Regeln vorbestimmt.

Ein weiteres Problem ist das ungleiche Vorgehen bei Regelverstößen in der EU. Wird gegen die Verschuldungskriterien verstoßen, werden Strafzahlungen angedroht, bei Verstößen gegen Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit gibt es keine ähnlichen Konsequenzen. Das liegt auch daran, dass der Europäische Rat einstimmig über Maßnahmen gegen Staaten entscheiden muss, die gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstoßen, so dass der betroffene Staat immer sein Veto einlegen kann.

Deshalb fordern wir:

- ▶ die Aufwertung und Ausweitung der Entscheidungsbefugnisse des EP (etwa durch mehr Mitbestimmungsrechte in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik, ein geteiltes Initiativrecht mit der Kommission, die Unterstellung der Kommission unter das EP),
- ▶ Das EP soll Gesetzgebungskompetenz und weitere Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission, sowie dem Europäischen Rat erhalten,
- ▶ Mehr Transparenz in den europäischen Entscheidungsprozessen,
- ▶ Eine Aufhebung der Einstimmigkeitsregelung im Europäischen Rat bei Verstößen gegen rechtsstaatliche Prinzipien innerhalb einzelner Mitgliedstaaten,
- ▶ Alle Lobbyisten müssen sich registrieren lassen und dabei die Namen ihrer Kunden angeben, wie viel Geld sie erhalten und wann sie sich mit (gewählten und nicht gewählten) Vertretern Europas getroffen haben.

Europa demokratischer gestalten

► Flüchtlinge

65 Mio. Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie reichen von politischer Verfolgung über Armut und Hunger bis hin zu Kriegen und bewaffneten Auseinandersetzungen. Die meisten von ihnen halten sich außerhalb Europas auf, vor allem in den Nachbarländern der betroffenen Staaten. Nur die wenigsten machen sich auf die gefährliche Reise nach Europa. Viele von ihnen verlieren auf dem Weg, vor allem bei der Überquerung des Mittelmeers ihr Leben. Jeder Tote ist einer zu viel!

Die Schuld daran tragen auch wir Europäer. Wir tun zu wenig, um Fluchtursachen zu beseitigen. Durch unseren Wirtschaftsdruck und Waffenexporte tragen wir dazu bei, dass diese überhaupt entstehen. Wir unterstützen die Nachbarländer der Herkunftsstaaten, in denen sich die meisten Flüchtlinge aufhalten, nicht ausreichend. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nehmen zu wenige Flüchtlinge auf, und immer noch gibt es keine vernünftige Möglichkeit, legal in die EU einzureisen.

Durch die Dublin-Regelung, nach der Flüchtlinge nur in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, über das sie in die EU eingereist sind, werden die Länder im Süden Europas unverhältnismäßig stark belastet.

Als reiches Land tragen wir internationale Verantwortung. Wir können und wollen Menschen Schutz und Zuflucht bieten. Wir haben eine breite solidarische Flüchtlingshelferbewegung, die Flüchtlingspolitik in Deutschland geprägt hat. Die Verteidigung von Menschenrechten und des Asylrechtes ergibt sich direkt aus den Grundwerten der SPD.

Deshalb fordern wir:

- Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich auf eine gemeinsame Verteilung der Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedstaaten einigen,

Europäische Flüchtlingspolitik muss Fluchtursachen bekämpfen und Menschenrechte garantieren

- ▶ Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat für sich und ihre Familien Perspektiven finden und in Sicherheit leben können,
- ▶ Kurzfristig müssen die Einrichtungen der Vereinten Nationen mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet werden,
- ▶ Wir wollen, dass die europäische Abschottungspolitik aufhört und die Staaten Europas sichere und legale Fluchtwege ermöglichen,
- ▶ Wir wollen, dass der Bund allein für die Erstaufnahme verantwortlich ist, die Registrierung sowie Erstuntersuchung übernimmt und die Entscheidung über Asylanträge innerhalb von drei Monaten bewältigt. Länder und Kommunen sind für die weitere Unterbringung und Integration zuständig und mit entsprechenden finanziellen Mitteln auszustatten,
- ▶ Wir wollen, dass sich auch die Stärksten in der Gesellschaft angemessen beteiligen, so dass der Staat auch finanzielle Herausforderungen, wie den Zuzug von Menschen, bewältigen kann,
- ▶ Die volle Wiederherstellung des Asylrechts,
- ▶ Die Schaffung eines Europäischen Einwanderungsgesetzes,
- ▶ Deutschland soll sich auf EU-Ebene für die Abschaffung der Dublin-III-Regelung einsetzen,
- ▶ Das fragwürdige Abkommen mit der Türkei lehnen wir in dieser Form ab und fordern nach den innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei eine kritische Überprüfung der Beziehungen zu Ankara.

*Freihandelsabkommen
müssen den BürgerInnen
dienen*

► **TTIP / CETA**

Die Freihandelsabkommen Europas mit Kanada und den USA sind Ausdruck einer auf reinem Wettbewerb und Gewinnorientierung ausgerichteten und letztlich Demokratie und Staat aushebelnden Wirtschaftspolitik. Die Freihandelsabkommen verbessern aber nicht die Lebensbedingungen der Menschen, sondern dienen ausschließlich der Sicherung und Verbesserung der Profite von Großkonzernen. Damit sind die Freihandelsabkommen ein geopolitisches Projekt.

Das kann und darf nicht im Interesse eines Europas sein, das wir wollen. Wir wollen ein demokratisches, gerechtes und solidarisches Europa.

Zweifellos wurden durch den starken öffentlichen Druck und das Engagement von Sigmar Gabriel Verbesserungen im Vertragstext von CETA erreicht. Aber an vielen Stellen sind die roten Linien, die der Parteikonvent im September 2014 beschlossen hatte, in CETA nicht eingehalten. Es bestünde die Chance, durch Nachverhandlungen die offenen Punkte und Probleme im Vertrag zu lösen. Diese wurden aber ausgeschlossen. Es ist fraglich, ob der nun veranschlagte Weg über Zusatzvereinbarungen und Interpretationshilfen erfolgreich sein wird, zumal die SPD dafür weiterhin kaum Partner im Europäischen Parlament und im Bundestag hat. Wenn die von der SPD aufgestellten Bedingungen nicht erfüllt werden, darf keine Zustimmung vonseiten der sozialdemokratischen Abgeordneten für CETA erfolgen.

Deshalb fordern wir:

- Die vom Parteikonvent im September 2014 beschlossenen 14 Punkte an die Handelsabkommen TTIP und CETA müssen alle gleichermaßen erfüllt werden. CETA darf in der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert werden,

- ▶ Weitere Entscheidungen zu den Handelsabkommen werden mindestens auf einem Bundesparteitag gefasst,
- ▶ Die Handelsabkommen können ohne Zustimmung der nationalen Parlamente in den Mitgliedstaaten nicht in Kraft treten,
- ▶ Den Abbruch der Verhandlungen zum TISA-Abkommen,
- ▶ Die Etablierung einer multilateralen, entwicklungsfreundlichen und fairen Handelspolitik.



UMWELT- UND LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

► Situation der Umwelt

Der Zustand der Umwelt in der BRD ist bei genauem Hinsehen sehr problematisch. Zwar gelang es in den letzten Jahrzehnten durch gezielte wirksame Maßnahmen der Politik viele Verbesserungen herbeizuführen (wie z.B. der Bau von Kläranlagen, der die Gewässerqualität ebenso verbessert oder die Filteranlagen der Chemischen Industrie), aber gerade im Bereich der Artenvielfalt, des Schadstoff- und CO₂-Ausstoßes oder der Qualität und auch Quantität des Grundwassers werden eklatante Probleme sichtbar. Deutschland durchläuft derzeit ein EU-Vertragsverletzungsverfahren wegen des extrem hohen Nitratgehalts des Grundwassers. Ein weiteres droht wegen der Phosphatbelastung ebenso wegen des hohen Ausstoßes an Ammoniak (NAK-Richtlinie). Auch sollte gemäß der Wasserrahmenrichtlinie die Qualität der Oberflächengewässer bereits deutlich verbessert worden sein. Dieses Ziel haben wir nicht erreicht. Hauptgründe für diese Probleme liegen in der Landwirtschaft. Das Ausbringen der Gülle aus der Tierhaltung als auch der Gärreste der Biogasanlagen führt zu einer extremen Überdüngung der Böden, die die Nährstoffe nicht mehr aufnehmen können und diese dann in das Grundwasser abgeben. Hinzu kommen Importe von Gülle gerade im grenznahen Bereich zu den Niederlanden.

*Umweltbelastungen
minimieren*

► Rolle der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft in Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten einen enormen Strukturwandel durchlaufen. Die ehemals eher kleinbäuerlichen Strukturen in Westdeutschland mit multiplen Produktionsformen gingen immer mehr in spezialisierte mittel- und großbäuerliche Betriebsformen bis hin zu Agrarunternehmen über. Tierhaltung wird in vielen dieser Unternehmen ohne Boden- und Ackerfläche betrieben, Tiernahrung folglich hinzugekauft. Dieser Wandel wurde durch die Agrarpolitik sowohl des Bundes als auch der EU gefördert bzw. noch beschleunigt. Hinzu kamen die Strukturen der Ostdeutschen Länder, in denen so gut wie kaum mehr Klein-

bauern zu finden sind. Als Nachfolgeunternehmen der ehemaligen LPGs der DDR bestehen sie fort. Als Folge beobachten wir einen Wertewandel, der Land und die Tiere nur noch als Betriebsmittel versteht. Gewinnoptimierung wird zur Maxime und möglichst hohe Subventionen werden als Ziel angestrebt. Damit geht eine geringe Wertschätzung der Umwelt und des ökologischen Gleichgewichts einher.

War das Bestreben der Bauern früher darauf ausgerichtet, ihren Nachkommen ein fruchtbares Stück Land zu hinterlassen, so geht es heute hauptsächlich nur noch um die Frage, wie der größte Ertrag erzielt werden kann und somit der „Hof“ wettbewerbsfähig ist. Der Einsatz von chemischen Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln gilt als selbstverständlich, egal ob dadurch die Artenvielfalt auf der Strecke bleibt oder der Boden durch die ständige Bebauung zum großen Teil in Monokultur ohne Fruchtfolge ausgelaugt wird. Einer der Hauptakteure dieser Entwicklung ist der Deutsche Bauernverband. Der Interessenverband, der die meisten Mitglieder unter den vielen kleineren Landwirten hat, vertritt hier hauptsächlich die Interessen der großen Bauern und Agrarfabriken. Bestes Beispiel dafür ist sein beharrliches Festhalten an der „Hofabgabeklausel“, um dadurch Kleinbauern, die keine Nachfolge oder Pächter finden, ihren Anspruch auf die von ihnen durch Beiträge erworbene Anwartschaft auf die Rente zu verwehren. Das verbleibende Geld in der Rentenkasse kann so auf weniger Anspruchsberechtigte aufgeteilt werden. Auch wehrt sich der Deutsche Bauernverband vehement gegen eine Reduzierung der Gelder der 1. Säule, aus der die Prämien pro Hektar bezahlt werden, zugunsten einer Umschichtung in die 2. Säule, um dadurch z.B. ökologische Leistungen oder Programme für kleinere Betriebe aufzulegen. Durch dieses Prinzip erhält derjenige, der sowieso schon viel besitzt, noch mehr und der Strukturwandel wird weiter angeheizt. Gerade zur Förderung des Ökologischen Landbaus sind aber mehr Gelder in der 2. Säule dringend notwendig.

(Zur Erläuterung aus:

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/eu-funding/eu-funding-and-the-new-cap_de

- *Die „Ökologisierung“ von 30% der Direktzahlungen an Landwirte wird sich auf drei umwelt-*

freundliche Tätigkeiten beziehen: Anbaudiversifizierung, Erhaltung von Dauergrünland und Erhaltung von im Umweltinteresse genutzten Flächen (zunächst 5%, ab 2018 7%). Maßnahmen, die sich mindestens genauso positiv auf die Umwelt auswirken, können ebenfalls gefördert werden.

- *Mindestens 30% der Haushalte für die ländliche Entwicklung müssen für Umweltschutzmaßnahmen, Unterstützung für ökologische/biologische Landwirtschaft oder umweltfreundliche Investitionen und Innovationsmaßnahmen aufgewendet werden.*

In der Bundesrepublik erreichen wir zzt. in der 2. Säule 5,9 %, Stand 2016.)

Wir streben ein gemeinsames politisches Forum aus Landwirtschaftsverbänden und Umweltverbänden an, um möglichst durch Konsenspolitik Verbesserungen für die Landwirte zu erzielen.

Forum aus Landwirtschafts- und Umweltverbänden errichten

► Auswirkungen der deutschen Landwirtschaftspolitik auf die Welt, insbesondere die Entwicklungs- und Schwellenländer

Doch nicht nur für Deutschland bringt diese Landwirtschaftspolitik Probleme, sondern auch für die Menschen in den ärmeren Teilen der Welt. Kohärenz zwischen Entwicklungsförderung, Fischerei- und Landwirtschaftspolitik besteht z. Zt. nicht. Durch die starke Exportorientierung der deutschen Landwirtschaft werden nicht nur die Preise für landwirtschaftliche Produkte auf einen Tiefstand gesenkt, sondern auch viele Kleinbauern gerade in den Afrikanischen Staaten ihrer Existenzgrundlage beraubt. Bestes Beispiel dafür ist die Produktion von Geflügelfleisch in Deutschland. Bei uns bevorzugen Konsumenten das Brustfleisch des Hähnchens. Die restlichen Hähnchenteile, die in Deutschland nicht nachgefragt sind, werden zu Spottpreisen in Afrikanische Staaten verkauft, was den dortigen Wettbewerb so verzerrt, dass die ortsansässigen Hühnerzüchter nicht mehr existieren können. Auch aus diesem Grunde fliehen die ihrer Existenz beraubten Bauern zu uns nach Deutschland, weil sie im eigenen Land verhungern würden.

*Einsatz von Pestiziden
und Pflanzenschutzmitteln
in Entwicklungsländern
deutlich senken*

Außerdem werden die Landwirte in den sogenannten Schwellenländern von der Deutschen Entwicklungshilfe beraten, möglichst viel Pestizide und Pflanzenschutzmittel einzusetzen, was der Chemischen Industrie zugutekommt. Die Mittel werden mit Flugzeugen großflächig und mit der 15fachen Dosierung ausgebracht. Für die dort lebenden Menschen bedeutet dies ein enormes Risiko, an Krebs zu erkranken oder missgebildete Kinder zur Welt zu bringen. Die Ernte wiederum, zumeist auch noch genetisch verändertes Soja, wird dann nach Europa exportiert und hier hauptsächlich in der Schweinemast eingesetzt, sodass wir diese Gifte wieder zu uns zurückholen. So schließt sich der Kreis. Unlängst hat die Argentinische Regierung den Frauen abgeraten, Tampons zu verwenden, weil diese durch die Verwendung der Gen-Baumwolle einen extremen Gehalt an Glyphosat aufweist, das im Verdacht steht krebserregend zu sein.

Wir fordern, dass alle Verursacher des Klimawandels einbezogen werden.

*Alle Verursacher der
Klimawandels einbeziehen*

Dies gilt insbesondere für

- ▶ die Energiewirtschaft. Wir setzen in Deutschland noch immer mit 85 % auf fossile Energieträger und nur mit ca. 15 % auf erneuerbare Energien,
- ▶ den Verkehr, insbesondere auf der Straße und in der Verkehrsluftfahrt.

► Ziele einer sozialen Umwelt- und Landwirtschaftspolitik

Klima- und Umweltziele

Auf dem Klimagipfel in Paris wurden in diesem Jahr Klimaziele für das Jahr 2050 festgelegt, die weitreichender sind als alles bisher vereinbarten und weltweit als großer Erfolg gefeiert werden. **Nun müssen die Staaten aber auch den Weg beschreiten, diese Ziele zu verwirklichen**, damit der Gipfel nicht als Show-Veranstaltung in die Geschichte eingeht. Das Deutsche Umweltministerium unter der Leitung von Barbara Hendricks war nicht nur auf dem Gipfel einer der Vorreiter, sondern hat bereits durch Experten Vorschläge erarbeiten lassen, wie die Klimaziele zu erreichen sind.

Ein großes Kapitel gehört dabei der Landwirtschaft. Die deutsche Landwirtschaft hat insbesondere durch ihre intensive Tierhaltung einen großen Anteil am Ausstoß klimaschädlicher Gase. **Grundsätzlich sollte darüber nachgedacht werden, ob die Produktion solcher Mengen an Fleisch nötig ist.** Übermäßiger Fleischgenuss ruft erwiesenermaßen gesundheitliche Schäden bei den Menschen hervor. Eine wichtige Forderung ist die Bindung der Tierhaltung an die Fläche.

Betriebe mit über 1000 Großtiereinheiten weisen häufig kaum noch Land vor, da Futtermittel zum großen Teil durch Import gekauft und später auch die Gülle abtransportiert wird. Gerade um das Grundwasser vor extremer Nitratbelastung zu schützen, **muss die Ballung von Tierhaltung in bestimmten Gebieten reduziert werden.** Neben Nitrat werden von der Massentierhaltung auch andere Einträge sowohl in die Gewässer als auch in die gesamte Umwelt verursacht. Phosphate, Hormone und Medikamente wie Antibiotika oder Schmerzmittel verunreinigen unser Trinkwasser und führen zu Keimresistenzen. Um die Gesundheit von Mensch und Natur zu schützen ist hier ein sofortiges Umdenken erforderlich. **Des Weiteren muss die Grünlandbewirtschaftung sowie die Weidehaltung gefördert werden**, auch wenn letztere zu einem unkontrollierten Ammoniakausstoß führt, bleibt dies immer noch die natürlichste Form der Tierhaltung. **Wir müssen, wo immer es möglich ist, den Weg weg von der intensiven zur extensiven Tierhaltung gehen.**

*Ziele des Klimagipfels
von Paris umsetzen*

*Tierhaltung an die Fläche
anbinden*

*Tierhaltung in bestimmten
Gebieten reduzieren*

*Grünlandbewirtschaftung
und Weidehaltung fördern*

*Von der intensiven zur exten-
siven Tierhaltung kommen*

*Nachhaltige Siedlungs-
entwicklung fördern*

Grünland bindet ebenso wie Torf das CO₂ am besten und fördert die Humusbildung. Gerade in Zeiten von extremen Hochwasserkatastrophen muss der Umbruch von Weide in Ackerland und die fortschreitende Bodenerosion durch Stürme dringend vermieden werden. **Der Anbau von Hecken als natürliche Acker- und Weidenbegrenzung muss forciert werden.**

Klima- und Umweltschutz muss als politische Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern formuliert werden. **Mit nachhaltiger Siedlungsentwicklung wollen wir gleichwertige Lebensbedingungen unter Berücksichtigung vorhandener ungleicher Voraussetzungen schaffen.**

Siedlungsstrukturen müssen nachhaltig die Funktionen Wohnen, Arbeiten, Erholen für alle Alters- und Einkommensgruppen, auch mit eingeschränkter Mobilität (körperlich oder ohne Auto), ermöglichen. Eine „Mindestdichte“ der Besiedlung erleichtert oder ermöglicht erst die (öffentliche) Daseinsvorsorge: Ärzte, Lebensmittelversorgung, Straßen, ÖPNV, Strom, Wasser, Abwasser, Telekommunikation. Gleichzeitig werden Flächenverbrauch und -versiegelung verringert.

Wir fordern

*Nachhaltige Mobilität
fördern*

- ▶ Mikroplastik und Nanotechnik zu begrenzen, zu filtern und zu steuern,
- ▶ Binnenschifffahrt auf unseren Wasserstraßen fördern. Überprüfung, ob für den Transport von Waren und Gütern rückgebaute Gewässer, erneut für die Binnenschifffahrt erschlossen werden können,
- ▶ Schiene statt Straße,
- ▶ Erhöhung der LKW-Maut,
- ▶ Einführung einer Bemannung der Überlandbusse,

- ▶ Nachhaltigen Personenverkehr
 - Fußgängerverkehr
 - Ausbau der E-Mobilität
 - Radverkehrsstrategien

Gesunde Lebensmittel und Tierwohl

Statistiken belegen, dass die Lebenserwartung der Menschen an ihr Einkommen gekoppelt ist, was bedeutet, dass diejenigen, die über weniger Einkommen verfügen, früher sterben. Die Qualität der Lebensmittel spielt hierbei neben dem Zugang zu bester medizinischer Versorgung eine entscheidende Rolle. Menschen, denen nur wenig Geld zum Kauf ihrer Nahrung zur Verfügung steht, greifen eher zu vermeintlich preiswerten Produkten. Fertigprodukte, deren Inhaltsstoffe häufig nicht den Richtlinien einer gesunden Ernährung entsprechen, werden bevorzugt. Werbung und die Aufmachung der Produkte suggerieren, ein besonders hochwertiges Produkt oder gar ein „Modeprodukt“ zu erwerben. **Im Sinne eines Einklangs von Mensch und Natur muss die Herstellung von Bioprodukten besser gefördert werden, damit der Zugang zu gesunden Lebensmitteln für alle möglich ist.**

Die SPD plädiert deshalb schon lange für ein sogenanntes „Ampelmodell“, bei dem die Menschen auf den ersten Blick erkennen können, ob ein Produkt eventuell Gefahren für ihre Gesundheit z.B. durch einen hohen Salz- oder Fettgehalt birgt. In diesem Zusammenhang **müssen insbesondere – aber nicht nur – Kinder geschult werden, welche Lebensmittel gut oder schlecht für ihre Gesundheit sind.** Das über Generationen vermittelte Wissen über Ernährung geht rapide verloren. Besonders betroffen sind hiervon gerade die unteren Einkommensschichten.

Hinzu kommt, dass Grenzwerte für Pestizide und Herbizide immer mehr angehoben werden. Den VerbraucherInnen wird so eine vermeintliche Sicherheit suggeriert, die von Behörden und Ämtern wie dem Bundesamt für Risikobewertung (BfR) nahezu willkürlich festgesetzt wird.

*Herstellung von Bioprodukten
besser fördern*

*Lebensmittelampel einführen
und Kinder darüber schulen,
welche Lebensmittel gesund
und welche ungesund sind*

*Gefahren der intensiven
Tierhaltung für die
Gesundheit des Menschen
aufzeigen*

*Ethische Tierhaltung
auch als Schutz für den
Menschen verstehen*

*Rahmenbedingungen der
Lebensmittelkontrollen
überdenken*

Am Beispiel Glyphosat zeigt sich, dass Rückstände dieser Wirkstoffe in unseren täglichen Lebensmitteln wie dem Brot vorkommen, ohne dass die Menschen sich dessen bewusst sind. Die intensive Tierhaltung birgt Gefahren für die Gesundheit der Menschen. Geflügel, Schweine und Rinder die in großen konventionellen Betrieben gehalten werden, bekommen Medikamente, die beim Verzehr, aber auch durch Ausscheidungen, die in das Grundwasser gelangen, auf den Menschen übergehen. Die schlecht kontrollierte Verabreichung von Antibiotika führt bereits dazu, dass sich resistente Keime entwickelt haben, die dann bei Mensch und Tier zum Tode führen können. Das Medikament wird zumeist nicht nur dem erkrankten Tier verabreicht, sondern prophylaktisch dem ganzen Stall. Geflügel ist so überzüchtet, dass möglichst viel Brustfleisch gebildet wird, dass das Knochengerüst nicht mehr in der Lage ist, dieses schmerzfrei zu tragen. Die Tiere erhalten Paracetamol, ein gängiges Schmerzmittel auch in der Humanmedizin. Ein Großteil dieser Schmerzmittel wird ausgeschieden und geht über die Ausbringung der Gülle wieder ins Grundwasser über. Bei empfindlichen Menschen kann das zu Magenblutungen führen. In der BRD sterben bereits heute mehr Menschen an Magenblutungen durch Schmerzmittel als an der Grippe. **Wenn man diese Zusammenhänge betrachtet, ist die Forderung nach mehr ethischer Tierhaltung nicht nur als Tier- sondern auch als Menschenschutz zu verstehen.**

Die halbherzigen Programme der Lebensmittelindustrie in Zusammenhang mit dem Einzelhandel sind nur Augenwischerei, die vom Verbraucher auch durchschaut wird. Schweine durch das Aufhängen einiger Stricke als Spielzeug zu beschäftigen, damit sie sich nicht durch Beißen verletzen, ersetzt keine artgerechte Tierhaltung.

Hier muss der Gesetzgeber die Normen entsprechend festlegen und nicht nur der Forderung nach viel billig produziertem Fleisch nachgeben. Ebenso muss der Gesetzgeber die Rahmenbedingungen der Lebensmittelkontrolle überdenken, um solche Skandale wie „Bayern-Ei“ und „Gammelfleisch“ zu vermeiden. Dass die Kontrolle durch die Amtstierärzte in den Schlachthäusern nicht funktioniert, erkennt man z.B. daran, dass ca. 70% der Geflügelfleischproben mit Bakterien belastet waren, die nur im Darm vorkommen. Hiervor müssen wir unsere über 80 Millionen Verbraucher schützen.

Um lange Transportwege unserer Lebensmittel aus landwirtschaftlicher Produktion zu vermeiden fordern wir eine Hinwendung zur Markthallen- und Marktplatzkultur, um regionale Fleisch- und Wurstprodukte, Gemüse- und Obst anbieten zu können.

Markthallen- und Marktplatzstruktur unterstreichen

Kleingärten für die ökologische Versorgung ihrer Pächter wollen wir stärken. Die Umwandlung der Schrebergärten in Wohnbebauung etc. wollen wir untersagen.

Kleingärten fördern

Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen

Die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen der Landwirtschaft haben sich in den letzten Jahrhunderten zwar durch den Einsatz von Maschinen und chemischen Mitteln verbessert, an der sozialen Schieflage hat sich nichts geändert. Die Besitzer der Großbetriebe schöpfen gute Gewinne ab und sei es nur durch die Subventionszahlungen der EU, die Kleinbauern kämpfen um ihre Existenz und die abhängig Beschäftigten, vor allem die ungelerten Saisonarbeiter aus Osteuropa, verdingen sich zu menschenunwürdigen Bedingungen.

Prekäre Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft bekämpfen

Man denke nur an den Aufschrei aus der Landwirtschaft bei der Einführung des Mindestlohns und der damit zusammenhängenden Aufzeichnungspflicht der Arbeitszeiten zurück. Die rumänischen, bulgarischen oder polnischen Saisonarbeiter schufteten 12 – 16 Stunden am Tag, sieben Tage pro Woche für einen geringen Lohn. Für den Schlafplatz in einem Container, der ihnen weniger Platz als einem Huhn im Käfig bietet, wird ihnen ein beträchtlicher Teil ihres Verdienstes abgezogen. Hinter vorgehaltener Hand begründet, dass sie damit immer noch viel mehr als in ihren Heimatländern verdienen würden. Ihre Lage hat sich durch die Einführung des Mindestlohns geringfügig verbessert. Der Zoll kontrolliert und kann Verstöße gegen das Arbeitsschutzgesetz anzeigen. Noch immer herrschen proletarische Verhältnisse und alles, weil der Markt nach immer billigeren Lebensmitteln nachfragt und unsere Landwirtschaft auf dem Weltmarkt nur so konkurrenzfähig sei.

*Verbraucher über
Produktionsbedingungen
aufklären*

Auch die Situation der Kleinbauern hat sich in den letzten Jahren dramatisch durch den Preisverfall bei Grundnahrungsmitteln wie Milch oder auch Schweinefleisch verschlechtert, was viele dazu bewegt aufzugeben. Oftmals wurden sie von den Banken nach der Beendigung der Milchquotierung gedrängt, ihre Ställe zu vergrößern, um mehr Milch produzieren zu können. Heute erzielt deren Verkauf kaum noch die Hälfte der Erzeugerpreise. Eine ebenso unrühmliche Rolle spielen dabei die Molkereien, die die Milchbauern entsprechend unter Druck setzen. Die nur wenigen fair bezahlenden Molkereien können sich gleichzeitig nicht mehr vor Milch retten, die sie kaum noch verarbeiten und verkaufen können. **Hier muss dringend eine gezieltere Aufklärung der Verbraucher erfolgen.** Die wenigsten wissen, unter welchen Bedingungen die vermeintlich billige Milch produziert wird. Will man wirklich Milch von Kühen aus Massentierhaltung ohne Auslauf gefüttert mit genverändertem Soja aus Südamerika, das extrem mit Pestiziden und Herbiziden behandelt wurde?

*„Think global, buy local!“
umsetzen*

*Biologische Landwirtschaft
besser fördern*

Subventionspolitik ist das wichtigste Steuerungselement des Staates. **Der Landwirt, der seinen Hof so bewirtschaftet, dass es der Umwelt, den Tieren und insbesondere den abhängigen Menschen nützt und nicht schadet, gehört belohnt und gefördert** und nicht derjenige, der das meiste besitzt bzw. gepachtet hat. Nicht der Export in andere Länder, in denen wir durch unsere Billigwaren die dort heimische Landwirtschaft kaputt machen, gehört gefördert, **sondern der Absatz vor Ort ohne lange Transportwege und Zwischenhändler.** „Think global, buy local“ – in anderen EU-Mitgliedsstaaten in der Lebensmittelherstellung durch erzeugende Betriebe schon lange Usus – **muss auch bei uns umgesetzt werden.** Die Nachfrage nach Bioprodukten zeigt, dass auch der deutsche Verbraucher bereit ist, mehr für qualitativ hochwertige Produkte auszugeben. Die heimische Produktion kann mit der Nachfrage kaum schritthalten, sodass wir die meisten ökologisch produzierten Lebensmittel aus dem Ausland einführen müssen. Biomilch z.B. kommt aus Österreich und Schweden während wir unsere Milch zu Spottpreisen bis nach China schicken. **Hier muss noch mehr gezielte Beratung der Landwirte und auch gezielte Förderung stattfinden,** um wieder ein Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herzustellen.

Schnellstmögliche Umsetzung der Energiewende

Um die Energiewende schnellstmöglich umzusetzen, fordern wir **Energieeinsparung im öffentlichen Bereich sofort umzusetzen** und im privaten Sektor durch angemessene Maßnahmen zu fördern und zu begleiten. Die Effizienz unserer Kraftwerke muss verbessert werden.

Die 100%-Ablösung der fossilen Energieträger muss bis 2050 vollzogen werden.

Möglichkeiten dazu gibt es schon heute. Mit Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Rest- und Abwärmennutzung, Nutzung der Geothermie, um nur einige Beispiele zu nennen, stehen Energielieferanten für jetzt und für die Zukunft zur Verfügung.

Wir wollen die CO₂-Neutralität bis 2050 erreichen. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 ist unser Ziel. Der Strukturwandel in Braunkohleregionen ist zu unterstützen.

Energiegenossenschaften sollen gefördert werden. Die Suche nach **dezentralen Lösungen zur Energieversorgung** muss Vorrang vor der Abhängigkeit von Energieriesen haben. So sollen weiterhin kleine Windenergieparks unter Bürgerbeteiligung ausgebaut werden. Denkbar wären auch die **Schaffung von attraktiven Anreizsysteme für die vermehrte Nutzung von Photovoltaikanlagen für den privaten Gebrauch** (Sanierung und Modernisierung von Wohnhäusern). Die Erforschung und den Einsatz der Wasserstoffspeicherung wollen wir forcieren.

Eine Überprüfung der Preisgestaltung einhergehend mit weiteren der Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen muss umgehend stattfinden. **Saubere Energie soll für die VerbraucherInnen nicht teurer werden.**

Die **Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien ist so auszugestalten, dass geringere Transportaufwendungen entstehen.** Dazu soll Strom dort billiger angeboten werden, wo er erzeugt wird und damit die Ansiedlung von energieabnehmender Wirtschaft begünstigen. Kosten für

Energieeinsparungen im öffentlichen Bereich sofort umsetzen

Effizienz der Kraftwerke verbessern

Fossile Energieträger ablösen und bis 2050 CO₂-Neutralität schaffen

Dezentrale Lösungen zur Energieversorgung bevorzugen

Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien so auszugestalten, dass geringe Transportaufwendungen entstehen

den Ausbau und Betrieb der Netze sollen den Abnehmern entfernungsabhängig auferlegt werden. Dadurch werden regional unterschiedliche Technologien der Energieerzeugung attraktiv. Durch das Angebot von preisgünstigem Haushaltsstrom akzeptieren die Bürger ggf. auch bauliche Belastungen ihrer Umgebung.

Verbraucherschutz (für alle)

Wir erwarten eine Unterstützung und Förderung regionaler Versorgung. Des Weiteren muss der Verbraucherschutz so gestaltet sein, dass sich jeder leicht informieren kann und dies nicht nur den gebildeten Schichten vorbehalten ist. **Der Kunde muss auf den ersten Blick erkennen können, wo sein Produkt herkommt und nicht nur verarbeitet wurde. Es soll nachvollziehbar werden, ob das Lebensmittel der Gesundheit abträglich sein kann, weil es z.B. mit Pestiziden behandelt wurde oder dafür gentechnisch veränderte Pflanzen verwendet wurden.** Der Informationsgehalt der Verbraucherschutzzentralen ist dem allgemeinen Bildungsstandard anzupassen und auch auf Wegen zugänglich sein, die im Alltag leicht einzusehen sind.

Leicht verständliche Kennzeichnung von Herkunft und Gesundheitswirkung der Lebensmittel für alle VerbraucherInnen einführen

► Wege / Rahmenbedingungen

Gesetzliche Vorgaben

Die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen, die auch von Deutschland unterzeichnet wurden, sind Leitschnur der unserer Politik. Die Ziele gesetzlicher Vorgaben müssen darin bestehen, **ein Optimum an Umwelt- und Tierschutz mit der Produktion gesunder und wertvoller Lebensmittel für die Verbraucher zu erreichen.**

Um die Umwelt und insbesondere die Gewässer zu schützen und deren Qualität zu verbessern, bedarf es strengerer Regeln insbesondere bezüglich der Düngung. **Sperrfristen zur Ausbringung der Gülle müssen verlängert**, die Einarbeitung dieser muss innerhalb einer Stunde geschehen und die Bilanzierung muss nachvollziehbar und überprüfbar sein. Gerade die **Einhaltung der Düngerverordnung muss strikt überwacht und Vergehen streng geahndet werden**. Eine zentrale Forderung ist deshalb die sogenannte „Hoftorbillanz“, durch die ersichtlich wird, welche Nährstoffe in den Hof kommen und wie sie diesen wieder verlassen.

Strengere Regeln für Düngung durchsetzen

Auch der **Maßnahmenkatalog zum Klimaschutzplan 2050 soll zeitnah umgesetzt werden**. Besonders der Erhalt und Ausbau von Grünland und Weidehaltung, die Maßnahmen zur Humusbildung, Reaktivierung der Moore und die damit verbundenen CO₂-Bindung sind dringend umzusetzen. Auch auf die Reduktion der Lebensmittelabfälle und der Tierbestände muss der Staat mit gesetzlichen Vorgaben hinwirken, wohingegen die ökologische Landwirtschaft ausgebaut werden soll.

Klimaschutzplan 2050 umsetzen

Ebenso **strengere Regelungen bedarf es bezüglich des Einsatzes von Pestiziden, Herbiziden und Neonikotiniden** (sogenannte „Pflanzenschutzmittel“). Deren Einsatz soll mit einer Zusatzabgabe belegt werden, um zu vermeiden, dass beispielsweise die großflächige Verwendung von Glyphosat günstiger ist, als der Einsatz von Egge und Pflug zur Bodenbearbeitung. Die Einnahmen aus dieser Abgabe wären für Umweltschutzmaßnahmen wie Ausgleichsflächen – durch Hecken am Ackerrand - zu verwenden. Auch die **Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln müssen besser überprüft werden** und gegebenenfalls **Importe von belasteten Futtermitteln untersagt** werden.

Strengere Regelungen beim Einsatz von „Pflanzenschutzmitteln“ durchsetzen

Die **Haltungsbedingungen für Nutztiere sind wieder artgerecht zu gestalten**, d.h. sie brauchen ausreichend Platz, Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten, um Verhaltensweisen wie Schwanzbeißen zu verhindern. Aus diesem Grund muss die Tierhaltung an eine bestimmte Fläche gebunden sein. In dem Zusammenhang soll auch auf Qualzuchten und „Kükenschreddern“ verzichtet werden.

Artgerechte Nutztierhaltung durch ausreichend Platz, Auslauf und Beschäftigungsmöglichkeiten garantieren

*Behandlung mit
Antibiotika einschränken*

Bei Erkrankungen dürfen nur die kranken Tiere behandelt werden und nicht der ganze Stall prophylaktisch Antibiotika erhalten. Die sogenannten „Reserveantibiotika“ sind der Humanmedizin vorzubehalten. Die **Haltungsbedingungen müssen häufiger kontrolliert werden**. Landesbehördliche unangekündigte Kontrollen mit einer Mindestzahl an Kontrolleuren müssen sichergestellt sein.

*Lange Tiertransporte
vermeiden*

Der **Transport der Tiere insbesondere zur Schlachtung muss möglichst kurz sein** und darf nicht aus Subventionsgründen quer durch Europa erfolgen. Ebenso sollen durch die Polizei mehr Kräfte bereitgestellt werden, die Tiertransporte überprüfen. Die Pelztierzucht lehnen wir in Deutschland grundsätzlich ab.

*Keine Billiglebensmittel
in Entwicklungs- und
Schwellenländer exportieren*

Im- und Exportpolitik

Die Deutsche Entwicklungshilfepolitik darf nicht mehr den Interessen des Exportes untergeordnet werden. Damit **verbieten sich Exporte in Entwicklungs- oder Schwellenländern von Billiglebensmitteln**, die dort die regionale Landwirtschaft schädigen. Entwicklungshilfe soll den Ländern helfen und nicht den deutschen Unternehmen. Dieser Grundsatz muss gesetzlich geregelt werden.

*Weltweit die Umwelt
schützen*

Diese Länder sollen auch nicht dazu aufgefordert werden, **bestimmte landwirtschaftliche Produkte herzustellen, die ihre eigene Umwelt massiv schädigen, um diese nach Deutschland zu importieren**. Zum Beispiel sollte Palmöl, das durch die Abholzung von Regenwäldern produziert wurde, nicht nach Deutschland eingeführt werden dürfen. Gleiches gilt für Gen-Soja, der mithilfe massiver Behandlung mit Glyphosat erzeugt wurde. Wir müssen uns nicht nur um die Umwelt in Deutschland, sondern auf der ganzen Welt sorgen, da wir alle von den Auswirkungen betroffen sind. In diesem Zusammenhang sollten auch die **bestehenden Freihandelsverträge mit den Afrikanischen Staaten überdacht und überarbeitet werden**. Hier wurden oftmals Bedingungen ausgehandelt, die unseren Lebensmittelexporteurern enorme Vorteile verschaffen. Hermesbürgschaften dürfen nicht erteilt werden, wenn sie das Kohärenzgebot nicht beachten.

Ebenso muss bei den Verhandlungen zu Handelsabkommen **darauf geachtet werden, dass unser Markt nicht mit Lebensmitteln überschwemmt und damit die Preisspirale sich noch weiter nach unten dreht**. Unsere heimische Landwirtschaft sollte nicht durch neue Einflüsse von außen in ihrer Existenz bedroht werden. Beispielsweise liegen in den USA die Lohnkosten niedriger, die Flächen viel größer und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln um ein Vielfaches höher. Durch Handelsabkommen könnten wir gezwungen werden, weitere mit Schadstoffen belastete Lebensmittel ins Land zu lassen. Gerade die Verhandlungen zu TTIP haben das deutlich gezeigt.

Fördermechanismen

Die wirksamsten Regularien stellen in der Landwirtschaftspolitik die Fördermittel dar. Deutschland schöpft seine Möglichkeiten Mittel in die 2. Säule zu verlegen bei weitem nicht aus. Bei uns sind gerade mal 5,9% der EU-Subventionen in der 2. Säule, in Österreich z.B. mehr als die Hälfte. Langfristig müssen wir wegkommen von der Förderung nach Hektar (1. Säule) zu einer Belohnung für öffentliche Leistungen durch die 2. Säule. Wenn Landwirte, aber auch Lebensmittelbetriebe wie Molkereien, Fördergelder bekommen, so darf dies nicht ohne Gegenleistung und Bedingung erfolgen. Derzeit bezieht der durchschnittliche deutsche Landwirt die Hälfte seines Einkommens aus Subventionen. **Diejenigen Landwirte, die durch ihr Handeln die Umwelt schonen, gesunde Lebensmittel produzieren, die Tiere artgerecht und würdig halten, sollen dafür staatliche Leistungen bekommen**. Insbesondere der biologischen Lebensmittelproduktion, als der verträglichsten für Natur und Mensch, sollen mehr Fördergelder zur Verfügung gestellt werden, um Anreize zu schaffen, diese Produktion auszuweiten, damit sich mehr Menschen in Deutschland mit gesunden Lebensmitteln ernähren können.

Für eine Förderung regionaler Erzeugnisse müssen wir **gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Schaffung einer neuen Marktplatz/Markthallenkultur** entwickeln. Kleinstbauern sollen wieder direkten Zugang zu den regionalen Absatzmärkten erhalten. Nicht zuletzt soll durch den Regionalvertrieb der unmittelbare Dialog zwischen Erzeugern und Konsumenten wiederhergestellt

Handelsabkommen so ausgestalten, dass es keine Preisspirale nach unten gibt

Fördermittel nur an Landwirte geben, die umweltschonend gesunde Lebensmittel produzieren

Gesetzliche Rahmenbedingungen für die Schaffung einer neuer Marktplatzkultur entwickeln

werden. Wir erhoffen uns, dass sich die regionale Landwirtschaft und Tierzucht vermehrt nach den Wünschen der Verbraucher orientiert und weniger nach den Anforderungen der Zwischenhändler. **Zur Belebung der regionalen Marktkultur sollten für Bauern und Züchter Abgabenerleichterungen umgesetzt werden.** Ein Vorbild könnte das portugiesische regionale Marktsystem werden.

Bewusstsein schaffen

Neben den notwendigen Veränderungen in den Fördermechanismen der Landwirtschaft muss bei den Endverbrauchern, also den BürgerInnen, **Verständnis für einen nachhaltigen Konsum geschaffen werden.** Das angestrebte **transparente Kennzeichnungssystem für Inhaltsstoffe (Ampelsystem)** ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Denn jeder Mensch hat ein Recht auf die vollumfängliche Information über gesundheitsschädliche oder gefährdende Substanzen in seiner Nahrung. Bewusstsein schaffen bedeutet aber nicht nur über die Verpackung der Lebensmittel zu informieren.

1. Insbesondere müssen staatliche und öffentliche Strukturen der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung dafür Sorge tragen, dass **ausschließlich gesunde und nachhaltig produzierte Lebensmittel angeboten** werden. Darüber hinaus müssen Kitas und Grundschulen darin unterstützt werden, **kindgerechte Bildungsangebote zur Ernährung und Gesundheit** umsetzen zu können.
2. Innerhalb der dt. Hochschullandschaft ist in den letzten Jahren das Ökologiestudium einer der attraktivsten Bildungsgänge geworden. Es wäre daher konsequent, auch **innerhalb der Schullandschaft das Unterrichtsfach Biologie und Ökologie zu verknüpfen, bzw. Ökologie als zusätzliches Wahlfach anzubieten.** Innerhalb von Ganztagschulen könnte nachhaltige Ökologie, sowie die Aufklärung über den Status Quo der Produktion durch ergänzende außerschulische Angebote bspw. finanziert durch ein gesondertes Bundesprogramm gefördert

*Gesunde Lebensmittel
in Kitas und Grundschulen
anbieten*

*In Schulen das Fach
Biologie mit Ökologie
verbinden*

werden. Hauswirtschaftsunterricht, in dem der Umgang und die Verarbeitung von Lebensmitteln von der Herstellung bis zum Verzehr gelehrt wird, sollte in allen weiterführenden Schulen fester Bestandteil der Curricula sein.

3. Das Bundesministerium für Verbraucherschutz sollte zukünftig besser, umfänglicher und für jeden Bürger transparent über Schadstoffe in Lebensmitteln informieren. Denkbar wäre die Entwicklung einer Verbraucher-APP, welche beim Scan eines Lebensmittelcodes im Supermarkt quasi in Echtzeit eine Unbedenklichkeitsempfehlung oder eine Produktwarnung anzeigen kann.

*Informationen durch das
Verbraucherschutzministerium
transparent kommunizieren*



STEUERN UND INVESTITIONEN

► Investitionen

Sozialer Fortschritt erfordert einen demokratischen Sozialstaat. Beides ist in Gefahr. Unternehmen und Staat investieren zu wenig. Die Investitionsquote – Anteil der Bruttoinvestitionen am Sozialprodukt – liegt bei niedrigen 17%. Vor über zwanzig Jahren wurde noch fast jeder vierte Euro investiert. Besonders dramatisch schrumpfen die öffentlichen Investitionen. Die staatlichen Nettoinvestitionen – Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen – liegen seit 2003 häufig im roten Bereich. Der öffentliche Kapitalstock verfällt. Die Investitionsschwäche bedroht das langfristige Wachstum. Allein in Kitas, Schulen und Universitäten müssen künftig bis zu 45 Milliarden Euro jährlich investiert werden. Der Investitionsstau bei öffentlichen Krankenhäusern ist auf 50 Milliarden Euro angewachsen. Unter dem Strich summieren sich die notwendigen Zukunftsinvestitionen auf einen jährlichen mittleren zweistelligen Milliardenbetrag.

Ursächlich für den öffentlichen Investitionsstau sind die Steuersenkungen der vergangenen Jahre. Sie haben bei Bund, Ländern und Kommunen Steuermindereinnahmen von jährlich 45 Mrd. Euro verursacht. Zudem ging die Sparpolitik im Rahmen der Schuldenbremse und der „Schwarzen Null“ zu Lasten der Investitionen. Öffentliche Ausgaben wurden gekürzt, viele öffentliche Dienstleistungen sind dem Rotstift zum Opfer gefallen oder wurden privatisiert, Gebühren wurden angehoben und Nutzerentgelte eingeführt. Viele öffentliche Dienstleistungen wurden dadurch für Geringverdiener unerschwinglich. Deutschland hat vom Investitions- zum Sparmodus umgeschaltet. Der Schuldenbremse folgte eine faktische Investitionsbremse.

Das muss sich ändern.

Deshalb muss es wieder mehr öffentliche Investitionen für ein besseres Leben aller heute und in Zukunft geben. Die Investitionen von heute sind Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen. Die Finanzierung muss gerecht und in einem Niedrigzinsumfeld auch günstig erfolgen. So kann den

Investitionsquote ist von 25 auf 17% gesunken, das bedroht Wachstum

Steuersenkungen und Schuldenbremse führen zu Investitionsstau

Mehr öffentliche Investitionen für ein besseres Leben heute und in der Zukunft

künftigen Generationen eine moderne und intakte Wirtschaft, Infrastruktur sowie Gesellschaft hinterlassen werden, welche die öffentlichen Haushalte langfristig nicht stark belastet.

Mehrheiten für eine gerechtere Steuerpolitik mit Mehreinnahmen sind möglich. Entgegen der besonders in den 2000er Jahren öffentlich weit verbreiteten Behauptung gibt es in der Mehrheit der sozialen Milieus keine Haltung grundsätzlicher Steuerverweigerung. Vielmehr hängen die Zustimmung oder Ablehnung zu Steuererhöhungen neben der sozialen Lage vor allem von gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Milieus, der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates und den damit verbundenen Alltagserfahrungen sowie den politischen Diskursen über diese Entwicklung ab. Die Politik der Entstaatlichung hatte öffentliche Güter privatisiert oder eingespart und dadurch die Legitimation der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen geschwächt. Der politische Diskurs der Eigenverantwortung und die Alltagserfahrung des Abbaus sozialer Leistungen und öffentlicher Daseinsvorsorge bestärkten auch in den solidarischen Milieus die Zweifel am Sinn von Steuermehreinnahmen. In den solidarischen gesellschaftspolitischen Lagern aber auch darüber hinaus sank die Loyalität gegenüber dem Wohlfahrtsstaat.

Auch vor diesem Hintergrund sollte die SPD die Bedarfe im öffentlichen Sektor und dessen Finanzierung in den Mittelpunkt der politischen Argumentation rücken. Sie sollte die **Forderung nach Steuererhöhungen für Vermögende und BezieherInnen hoher Einkommen mit der Ausweitung sozialer Rechte mit dem langfristigen Ziel eines Pfadwechsels zu einem sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat verbinden.**

Steuerprivilegien für Vermögende, Gutverdienende und hohe Erbschaften wieder rückgängig machen

Öffentliche Investitionen müssen neben Krediten auch aus Steuermitteln finanziert werden. Um die Lasten gerecht zu verteilen, sollten die **bisherigen Steuerprivilegien für sehr hohe Vermögen, Einkommen und Erbschaften wieder rückgängig gemacht werden.** Mit den erzielten Mehreinnahmen können öffentliche Investitionen finanziert werden. Zusätzlich sollten öffentliche Investitionen angesichts eines einmaligen Niedrigzinsumfeldes kreditfinanziert werden. Dafür müssen die vorhandenen Verschuldungsspielräume genutzt werden.

Wir lehnen eine generelle Schuldenbremse aus den folgenden Gründen ab:

- Der Gestaltungsspielraum für den Staat wird eingeschränkt,
- Der demokratische und soziale Wohlfahrtsstaat muss handlungsfähig bleiben. Mit einer Schuldenbremse ist es nicht möglich auf Herausforderungen (z.B. Flüchtlingsintegration, Wirtschaftsrezession) flexibel zu reagieren,
- Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (Keynesianismus) ist mit einer Schuldenbremse nicht möglich,
- Das Haushaltsrecht des Bundestags und der Länderparlamente wird sehr stark eingeschränkt.

Die Investitionslücke mit privatem Kapital zu schließen halten wir für den falschen Weg. Dies gilt auch für die bundeseigene Gesellschaft für Autobahnbau. Öffentliche Investitionen sollen bei geringem Mitteleinsatz die Bedürfnisse der Bürger decken. Private Investoren wie Banken oder Versicherer möchten hingegen möglichst hohe Gewinne erwirtschaften. Dieser Zielkonflikt kann nicht aufgelöst werden. Von privaten Investoren gewünschte **öffentliche private Partnerschaften (ÖPP) sind dabei besonders kritisch zu sehen**. Höhere Finanzierungskosten, eine nicht bedarfsgerechte Bauweise und eine hohe Anwaltskosten treiben dann die Kosten. Der Bundesrechnungshof hat dies im Straßenbau bereits angemahnt. Die Zeche zahlen die Steuerzahler.

Öffentliche Investitionen sollen außerdem noch gezielter gesteuert werden, etwa durch die soziale Indizierung von Schulen. Steuereinnahmen werden generiert, damit der Staat seiner Aufgabe nachkommen kann, die Lebensverhältnisse der Menschen im Land anzugleichen, ein Gutes Leben für alle zu ermöglichen und die Lebensqualität seiner Bürger insgesamt zu steigern.

Die Geldpolitik muss sich nach der Konjunktur richten. Also einen hohen Zinssatz bei guter Konjunktur und einen niedrigen Zinssatz bei schlechter Konjunktur.

Abschaffung der Schuldenbremse

Ablehnung von öffentlich-privaten Partnerschaften (ÖPP)

Öffentliche Investitionen gezielter steuern

*Mehr Steuergerechtigkeit
und mehr Ressourcen für die
Steuerverwaltung*

*Stärkung der Planungs-
kapazitäten der Kommunen*

*Anhebung des Spitzensteuer-
satzes auf 49 Prozent
(bei gleichzeitiger Senkung
der Steuersätze im unteren
Einkommensbereich)*

► Handlungsfähiger Staat und Steuergerechtigkeit

Auf der einen Seite sind Bund, Länder und Kommunen chronisch unterfinanziert. Auf der anderen Seite erzielt der Bundeshaushalt immer weitere Rekorde an hohen Steuereinnahmen. Die Steuereinnahmen reichen nicht aus, um die Finanzierung der notwendigen öffentlichen Aufgaben sicherzustellen. Unser Steuersystem ist zudem ungerecht. In keinem anderen Land Europas ist die Vermögenverteilung so ungleich wie in Deutschland. Dies rührt auch daher, dass Vermögende und finanzstarke Unternehmen keinen angemessenen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten müssen. **Wir brauchen mehr Steuergerechtigkeit. Außerdem brauchen wir mehr Ressourcen für die Steuerverwaltung.**

Kommunen müssen außerdem in ihren Planungskapazitäten gestärkt werden, damit sie die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel auf abrufen können.

► Lohn- und Einkommenssteuer

Im Mittelpunkt einer Einkommensteuerreform sollte die **Absenkung der Steuersätze im unteren Einkommensbereich bei gleichzeitiger Erhöhung im oberen Bereich** stehen. Die unteren Einkommensgruppen können durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags und die Glättung des Knicks bei der Steuerkurve entlastet werden. Durch einen 49-prozentigen Spitzensteuersatz können Senkungen im unteren Bereich gegenfinanziert werden. Zwischen dem Spitzensteuersatz und der sogenannten Reichensteuer gibt es derzeit keine Progression. Dies gilt es abzuändern damit der höchste Tarif in der Einkommenssteuer der Spitzensteuersatz ist.

► Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkommen

2009 wurde die Abgeltungsteuer für private Kapitalerträge eingeführt. Dadurch wurde ein Systemwechsel eingeleitet. Wurden bisher alle Einkunftsarten mit dem gleichen Steuersatz besteuert, gilt für Erwerbs- und Kapitaleinkommen nun ein gesonderter Steuersatz. Sie werden nicht mit dem persönlichen Tarif des Steuerpflichtigen versteuert, sondern unabhängig davon mit dem Satz von 25%. Die Abgeltungssteuer ist eine große Steuerersparnis für Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen. Und sie hat nicht zu einer „Repatriierung“ von im Ausland angelegtem Kapital geführt.

Kapitalgewinne dürfen gegenüber Arbeitseinkommen nicht weiter privilegiert werden. **Wir wollen daher die Abgeltungssteuer abschaffen. So sollen Zinsen, Dividenden, Erträge aus Investmentfonds und Zertifikaten sowie alle privaten Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren wieder dem progressiven Einkommensteuer unterworfen werden, wobei der Freibetrag auf 2000 Euro erhöht werden sollte.**

*Abschaffung der
Abgeltungssteuer*

► Ehegattensplitting

Das Ehegattensplitting ist mit über 20 Milliarden Euro die teuerste familienpolitische Leistung in Deutschland. Gleichzeitig ist sie ineffizient, ungerecht und passt nicht mehr zu den familienpolitischen Zielen. Es behindert die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben sowie die gleichmäßigere Verteilung von Familienarbeit. **Wir wollen, dass jede und jeder Beschäftigte im Prinzip einzeln besteuert wird.** Damit einhergehend sind weitere Veränderungen zur Familienförderung nötig: **Die Kinderbetreuung sollte weiter ausgebaut werden.** Durch die Streichung des Ehegattensplittings eingesparte Gelder würden einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung leisten. So wird es Eltern erleichtert, berufstätig zu sein. Ferner sollte die übermäßige Steuerbelastung geringer Einkommen durch die Steuerklasse V abgeschafft werden. Doch auch

*Freiwerdende Mittel
aus Ehegattensplitting
in Ausbau der Kinder-
betreuung investieren*

Ehegattensplitting unter Bestandsschutz für bereits geschlossene Ehen abschaffen

dann wird es für viele nicht berufstätige Partner schwer sein, unmittelbar einen Job zu finden. Deshalb müssen die **Unterhaltungspflichten des verdienenden Ehepartners steuerlich berücksichtigt werden.**

Das Ehegattensplitting wollen wir unter **Beachtung des Bestandsschutzes für bereits geschlossene Ehen abschaffen.** Die so frei werdenden Mittel sollen direkt in Leistungen für Kinder und den Ausbau öffentlicher Infrastruktur für Pflege sowie frühkindliche Bildung und Betreuung fließen.

Wiedereinführung der Vermögenssteuer

► Vermögenssteuer

Deutschland ist eine Steueroase für Vermögende. Vermögen werden hierzulande nur halb so hoch besteuert wie im Rest der Industriestaaten. Die Vermögenssteuer wurde in Deutschland bis 1997 erhoben. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hatte nicht die Vermögenssteuer selbst, sondern lediglich die Art ihrer Erhebung für rechtswidrig erklärt. **Es ist an der Zeit die Vermögenssteuer wieder einzuführen.** Dabei sind die aktuellen Werte von Grund und Immobilien zu berücksichtigen. Dank der hohen Konzentration von Privatvermögen führt auch die Besteuerung einer sehr kleinen Gruppe von Vermögenden zu hohen Einnahmen.

Höhere Spitzensteuersätze und höhere Besteuerung von Kapitaleinkünften sowie Abbau von Steuerprivilegien für mehr Steuergerechtigkeit

Alternativ könnten auch durch eine **moderate Kombination von höheren Spitzensteuersätzen, höherer Besteuerung der Kapitaleinkünfte sowie den Abbau von Steuerbegünstigungen für Gewinn- und Vermietungseinkünfte** durchaus Mehreinnahmen in Größenordnungen von zehn Milliarden Euro pro Jahr erzielt werden, ohne wirtschaftliche Schäden anzurichten. Dabei lassen sich Elemente der Vermögenssteuer in die Unternehmens- und Kapitaleinkommensbesteuerung integrieren, um diese gleichmäßiger und effektiver zu machen.

► Erbschaftssteuer

Erbschaften verteilen die Lebenschancen einer ganzen Generation. In den nächsten Jahren wechseln bis zu vier Billionen Euro den Besitzer. Der große Vermögenstransfer verläuft nach dem Matthäus-Prinzip: Wer hat, dem wird gegeben. Acht Prozent der Bevölkerung erhalten zwei Fünftel des zu vererbenden Vermögens. Jeder Zweite geht hingegen leer aus. So verschärfen Erbschaften die soziale Spaltung.

In der Steueroase Deutschland zahlen Erben im Schnitt nur sieben Prozent Steuern. Reiche erben besonders günstig. Die Erben großer Vermögen geben dem Fiskus nur drei Prozent. In den letzten Jahren konnten über 100 Milliarden Euro Betriebsvermögen steuerfrei verschenkt oder vererbt werden.

Der von Bundestag und Bundesrat ausgehandelte Kompromiss für die Reform der Erbschaftssteuer birgt erhebliche verfassungsrechtliche Risiken, da die Empfehlungen des Karlsruher Urteils nur teilweise umgesetzt wurden. Zudem erfüllt der Kompromiss nicht unsere sozialdemokratischen Vorstellungen von einer gerechten Steuerbelastung. **Wir wollen eine Reform der Erbschaftssteuer, die Chancengleichheit und soziale Teilhabegerechtigkeit ermöglicht.** Reichtum darf sich nicht in der Folge der Generationen in den Händen weniger kumulieren und allein aufgrund von Herkunft oder persönlicher Verbundenheit unverhältnismäßig anwachsen.

Daher muss beim Erbrecht gleiches Recht für alle gelten. **Die Privilegierung von Betriebserbschaften ist grundsätzlich abzuschaffen.** Bei nachgewiesenen Einzelproblemen kommt ein umfangreiches Instrumentarium zur Hilfestellung zum Einsatz. **Die mehrfache Nutzung von Freibeträgen bei der Schenkungs- und Erbschaftssteuer wollen wir abschaffen,** weil auf diesem Weg bei geschickter Organisation hohe Vermögen komplett steuerfrei weitergereicht werden können.

*Reiche Erben
stärker besteuern*

*Keine Privilegierung von
Betriebserbschaften und
Abschaffung mehrfacher
Nutzung von Freibeträgen*

*Anhebung der
Unternehmenssteuersätze*

*Umbau der Gewerbesteuer
zu einer Gemeinde-
wirtschaftssteuer*

*Gewerbesteuerpflicht für
Freiberufler*

*Steuerhinterziehung
konsequent bekämpfen*

► Unternehmensbesteuerung

Unternehmen, die in Deutschland Geld verdienen, müssen wieder stärker an der Finanzierung der öffentlichen Infrastruktur und Dienstleistungen beteiligt werden. Die Steuereinnahmen aus Gewinn- und Vermögenseinkommen tragen gerade einmal ein Fünftel zum Gesamtsteueraufkommen bei. **Um das zu ändern, fordern wir, dass die Unternehmenssteuersätze angehoben und die Bemessungsgrundlage verbreitert wird. Wichtig ist zudem der Steuerhinterziehung wirksam zu begegnen. Darüber hinaus sollte die Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer ausgebaut werden.** Die Gemeindegewerbesteuer würde dann systematisch und verstärkt auch Teile der Wertschöpfung erfassen, die in der Kommune erarbeitet wurden und als Zinsen, Mieten, Pachten oder Leasingraten Kapitalgebern zufließen.

Darüber hinaus sollen auch Freiberufler gewerbesteuerpflichtig sein.

► Steuerhinterziehung

Steuerhinterziehung durch Unternehmen kostet den Staat jährlich geschätzte 10 Mrd. Euro. **Wir wollen deshalb entschlossen Maßnahmen gegen Steuerbetrug umsetzen.** Hierzu zählt, dass wir sämtliche Vermögenswerte, die aus einer Straftat erlangt sind, und alle rechtswidrigen Gewinne konsequenter als bislang abschöpfen. **Zudem wollen wir harte Sanktionen gegen die geschäftsmäßige Beihilfe zu Geldwäsche und Steuerhinterziehung durch Banken verhängen.** Wir brauchen eine konsequente Politik und harte Maßnahmen, damit sich Steuerbetrug nicht mehr lohnt.

Derzeit wird noch immer ein großer Teil des Handels mit Bargeschäften abgewickelt. Ob im Restaurant, beim Autohändler oder im Einkaufsladen, überall ist Bargeld das dominierende Zahlungsmittel. Was für den Verbraucher freundlich ist, da es Anonymität gewährleistet, schafft jedoch mannigfaltige Betrugsmöglichkeiten für die Händler, da Bargeldgeschäfte schwer nach-

zuweisen sind. Derzeit entstehen durch die Manipulation von Kassendaten allein in Deutschland Steuerschäden in Höhe von zweistelligen Milliardenbeträgen. Nach Schätzungen des Bundesrechnungshofs geht es hierbei um mindestens 10 Mrd. Euro pro Jahr – bei 56 Mrd. Euro Einnahmen durch die Gewerbesteuer in 2015. **Abhilfe würde hierbei eine Registrierkassenpflicht mit eingebautem Fiskalspeicher schaffen.** In Österreich ist der Fiskalspeicher seit dem 01.01.2016 Pflicht. Das dahinterstehende System namens Insika ist übrigens eine deutsche Entwicklung und vom Wirtschaftsministerium gefördert worden – laut Schäuble aber unmöglich einzuführen.

► Steuerflucht

Nominal höhere Steuersätze schaden Unternehmen welche Ihre Steuern ehrlich und vollumfänglich entrichten. Vor allem Konzerne haben vielfältige Möglichkeiten Ihre Steuerzahlungen zu vermeiden. Die EU-Staaten verlieren dreistellige Milliardenbeträge wegen Steuerflucht. Nicht erst der Fall Apple in Irland zeigt: **Es braucht eine weitgehende Harmonisierung der Steuerpolitik in Europa. Es müssen Mindestsätze für die Besteuerung von Unternehmen und vermögenden Bürgern festgelegt werden und zumindest die Euro-Staatendürfen nicht länger versuchen, sich über Lockangebote für Konzerne gegenseitig um Milliardeneinnahmen zu prellen.** Betroffen wären insbesondere die Körperschaft-, die Kapitalertrag- und die Erbschaftsteuer.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass wir den kleinen und mittleren Unternehmen die Steuern erhöhen, während die ganz großen sich davor drücken können. Der Kampf gegen die Steuerflucht ist ein mühsames Geschäft. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Steuerwettbewerb und fordern auch keine Einheitssätze in Europa. **Wir stellen uns aber entschieden gegen eine Besteuerung nahe null.**

Um auf europäischer Ebene Kapitalflucht zu vermeiden, müssen die **BEPS-Richtlinie** (BEPS = Base

*Registrierkassenpflicht
einführen*

*Europäische Mindestsätze
für die Besteuerung
von Unternehmen und
vermögenden BürgerInnen
festsetzen*

*Steuerdumping in Europa
abschaffen*

BEPS-Richtlinie der OECD zügig und vollständig umsetzen

Erosion and Profit Shifting, auf Deutsch: Aushöhlung der Steuerbasis und Gewinnverlagerung) der OECD zügig und vollständig umgesetzt werden. Außerdem müssen die Vorgaben für Betriebsprüfungen vereinheitlicht werden. Mangelnde Betriebsprüfungen dürfen von Ländern und Kommunen nicht als Standortvorteil genutzt werden, um Unternehmen anzulocken.

► Finanztransaktionssteuer

Finanztransaktionssteuer erheben

Auf alle Waren, die wir kaufen, müssen wir als Endverbraucher Mehrwertsteuer zahlen. Nur der Kauf und Verkauf von Aktien und anderen Finanzprodukten ist steuerfrei. Dies ist ungerecht. Die Finanztransaktionssteuer sollte auf alle Käufe und Verkäufe von Wertpapieren und Währungen aller Art erhoben werden, insbesondere auch auf alle spekulativen Finanzprodukte wie Derivate. Jede Finanztransaktion würde durch eine solche Steuer verteuert und dadurch weniger attraktiv. Die Finanztransaktionssteuer soll in erster Linie spekulative Kapitalflüsse verteuern, auf diesem Wege erheblich eindämmen und einen Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte leisten. Aufgrund des großen Volumens der besteuerten Transaktionen kann selbst mit sehr niedrigen Steuersätzen ein hohes Steueraufkommen erzielt werden.

► Steuergerechtigkeit

Zwei-Klassen-Steuersystem in Deutschland abschaffen

In Deutschland gibt es ein Zwei-Klassen-Steuersystem: Den Beschäftigten wird die Steuer bereits vom Bruttolohn abgezogen. Deshalb zahlen Beschäftigten oftmals viel zu hohe Steuern, weil sie gar keine Steuererklärung abgeben und ihnen zustehende Möglichkeiten, Werbungskosten oder Sonderausgaben abzuziehen, nicht nutzen. Unternehmer und diejenigen, die Einkünfte aus Vermögen haben, müssen dagegen selbst dem Finanzamt angeben, welche Einkünfte sie haben. Dabei gibt es viele Möglichkeiten durch Subventionen Steuern zu sparen, oder es werden Steuern hinterzogen. Die Möglichkeiten dazu sind umso größer, je weniger die Angaben von den Finanz-

ämtern kontrolliert werden. Hierzulande wird nur die Hälfte der Einkommen aus Unternehmen und Vermögen versteuert. Leidtragende des ungleichen Steuervollzugs sind die Beschäftigten. Ihre Abgabenbelastung ist höher als nötig, weil Unternehmer und Vermögende systematisch zu wenig zahlen. Deswegen brauchen wir künftig **mehr Personal (um den internationalen Steuerkanzleien, die für Großunternehmen internationale legale! Steuerschlupflöcher suchen, auf gleicher Augenhöhe entgegen treten zu können) und regelmäßige Betriebsprüfungen.**

► Länderfinanzausgleich

Ende 2019 laufen sowohl der Länderfinanzausgleich als auch der Solidarpakt aus. Eine Neuregelung ist notwendig, weil das Grundgesetz vorschreibt, dass bundesweit gleichwertige Lebensverhältnisse vorliegen sollen. Der Finanzausgleich ist gerade für strukturschwächere Länder von erheblicher Bedeutung. Folglich müssen wir darauf drängen, eine **Neuregelung solidarisch auszugestalten.**

Die öffentlichen Haushalte brauchen Mehreinnahmen, um weitere Kürzungen bei Daseinsvorsorge und Infrastruktur zu verhindern. Die Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, müssen vom Bund bezahlt werden. Dabei müssen die Länder dafür sorgen, dass die Mittel den Bedarfen entsprechend bei den Kommunen ankommen. In Bundesländern, deren Einwohnerzahl besonders stark schrumpft, dürfen die Einnahmen nicht sofort in gleichem Maße sinken. Bei Stadtstaaten müssen weiterhin deren besondere Bedarfe berücksichtigt werden.

Ferner muss der auslaufende Solidarpakt II durch einen Solidarpakt III ersetzt werden, der nicht nach Himmelsrichtungen, sondern nach Bedarfen strukturschwache Regionen in Ost- und Westdeutschland fördert. Die Zinszahlungen für bisher aufgelaufene Schulden belasten die Haushalte von Ländern und Kommunen in unterschiedlichem Maß. Für gleiche Startbedingungen sollen die Altschulden in einem Fonds zusammengefasst werden, der zu Bundeskonditionen verwaltet wird.

Mehr Personal in der Steuerverwaltung einstellen und regelmäßige Betriebsprüfungen durchführen

Länderfinanzausgleich solidarisch gestalten

Solidarpakt III schaffen, der nach Bedarfen aller strukturschwachen Regionen fördert

Altschuldenfonds gestalten

► Finanzmarktregulierung

*Finanzmarktregulierung
verbessern*

Die Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte wurde nach der großen Finanzmarktkrise ausgeweitet. Das ursprüngliche Ziel einer lückenlosen Regulierung wurde aber klar verfehlt. Das Problem „Too Big to Fail“ ist weiterhin ungelöst. Im Gegenteil: Die Bilanzsumme der weltweit 25 größten Banken ist heute größer als vor der Krise. Finanzinstitute, die sehr groß oder stark vernetzt sind, bedrohen ganze Volkswirtschaften. Darüber hinaus ist der Sumpf der Schattenbanken und Steueroasen noch immer nicht trockengelegt, sondern hat sich in den letzten Jahren stattdessen noch verdreifacht.

*Strengere Eigenkapital-
vorschriften für Banken
erlassen*

Für ein krisenfestes und stabiles Finanzsystem müssen wir also noch viel tun. Die Eigenkapitalvorschriften für große Finanzinstitute müssen weiter verschärft werden. Systemrelevante Banken können davon abgehalten werden, exzessive Risiken einzugehen. **Dafür wollen wir die Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Banken erhöhen.** Außerdem stärkt eine hohe Eigenkapitalquote die Widerstandsfähigkeit der Banken.

*Finanzprodukte, die keinen
realwirtschaftlichen Nutzen
haben, verbieten*

Darüber hinaus wollen wir mit einem „Finanz-TÜV“ den Nutzen neuer Finanzprodukte prüfen und über deren Zulassung entscheiden. In der Finanzmarktkrise wurden viele Derivate, denen keine realwirtschaftlichen Transaktionen zugrunde lagen, zu „finanziellen Massenvernichtungswaffen“. **Finanzprodukte, die keinen realwirtschaftlichen Nutzen haben, sind überflüssig. Sie sollen verboten werden.** Die Beweislast sollte bei der Finanzwirtschaft liegen.

*Grenzüberschreitende
Zusammenarbeit bei Finanz-
marktregulierung garantieren*

Eine striktere Regulierung funktioniert aber nur, wenn es keine regulierungsfreien Zonen mehr gibt. Schattenbanken – Hedgefonds, Private-Equity-Fonds, Zweckgesellschaften und Geldmarktfonds – können aber heute noch bankähnliche Geschäfte ohne strikte Eigenkapitalvorschriften, Aufsicht und Kontrolle durchführen. **Sogenannte Credit Default Swaps sind zu verbieten,** weil die Finanzmärkte mit dieser Absicherung auf die Verschuldung der Eurostaaten wetten. Um dies zu ändern, **müssen die Regulierer grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Wir fordern, das alle**

Finanzmarktakteure den gleichen Regeln hinsichtlich Transparenz, Risikomanagement, Liquidität und Eigenkapital unterworfen werden. Außerbilanzielle Zweckgesellschaften sollen schlicht verboten werden. Steuer- und Regulierungssoasen müssen ausgetrocknet werden. Selbstständig ablaufender Hochfrequenzhandel soll verboten werden.

► Besteuerung junger Familien

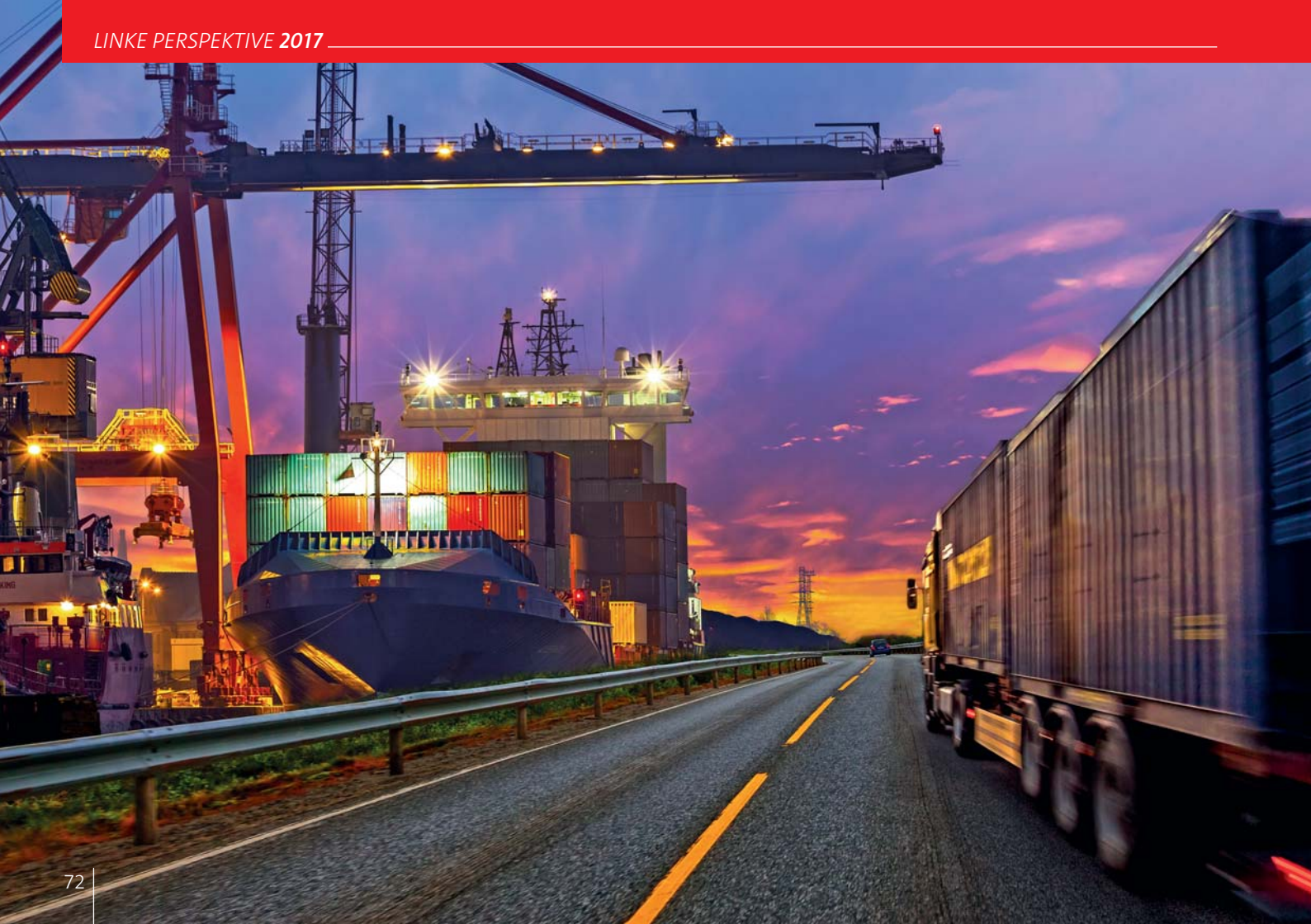
Junge Familien werden während einer Schwangerschaft und der Kindererziehung mit Subventionen seitens des Staates unterstützt. Diese sind steuerfrei, werden allerdings mit dem Progressionsvorbehalt versteuert. Das kann in einigen Fällen zu einer Steuernachzahlung führen. **Vor allem für junge Familien, die sich für Nachwuchs entscheiden, sollten diese Last nicht tragen.** Immer mehr Familien entscheiden sich gegen Kinder, weil es kaum finanzierbar ist. Mit diesem Schritt kann man ein Signal setzen.

Investitionszuschüsse an Unternehmen bleiben erfolgsneutral und damit steuerfrei, wenn bestimmte Voraussetzungen gelten. Diese sind genauso steuerfrei wie die Lohnersatzleistungen für junge Familien (Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Familiengeld), allerdings werden diese Investitionszuschüsse nicht in die Progression mit einbezogen.

Außerbilanzielle Zweckgesellschaften verbieten

Steuerparadiese austrocknen und Hochfrequenzhandel verbieten

Progressionsvorbehalt bei Mutterschaftsgeld, Elterngeld sowie Familiengeld abschaffen



GERECHTE UND INNOVATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Diesen Anspruch darf die SPD nicht aufgeben. Das Forum Demokratische Linke – die Linken in der SPD positioniert sich im Nachfolgenden zu dem „Wie“.

In den letzten Jahrzehnten des Finanzkapitalismus und Neoliberalismus wurde in der SPD hart um die Definition des Satzes „Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen.“ gerungen. Nicht immer hat die SPD die Definition für die Menschen sichtbar auf der Grundlage von sozialer Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit formuliert. Während die SPD nach dem Dresdner Parteitag 2009 endlich wieder über die Balance von Staat und Markt diskutierte, sind Teile der Partei immer noch eindeutig marktorientiert.

Diese Tendenz zeigt sich in der Diskussion aktueller Themen:

- die Debatten um Freihandelsabkommen,
- die Positionierung zur Europapolitik,
- der Suche nach Möglichkeiten und Anreizen zur Finanzierung von Investitionen durch Private in öffentliche Infrastruktur,
- die ständigen Privatisierungen von technischer und sozialer Infrastruktur,
- das als vorrangig formulierte Ziel der „schwarzen Null“ und
- die Zurückhaltung bei Steuererhöhungen für Reiche und Superreiche, um wichtige Investitionen zu finanzieren.

Der DL21 geht es um den Vorrang demokratischer und gemeinwohlorientierter Politik vor gewinnorientierten Märkten.

► Gerechte und innovative europäische Wirtschaftspolitik

Wir brauchen eine neue Verständigung in Europa. Wir brauchen eine EU-weite Solidarität statt eines Denkens, das von marktliberalem Wettbewerb geprägt ist und das Reaktionen nach dem Muster „Rette sich, wer kann“ hervorruft.

Noch immer gilt grundsätzlich das freie Spiel der Finanzmärkte. Noch immer ist das Bündnis zwischen Finanzmärkten und Realkapital wesentlich stärker als das zwischen Arbeit und Realkapital. Obwohl die neoliberale Politik seit der Finanzmarktkrise unter verstärkten Legitimationsdruck geraten ist, wird sie in Europa weiterhin politisch gefördert und durchgesetzt. Unter dieser Politik leiden Menschen vor allem in Südeuropa. Aber auch bei uns sind Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit, Niedriglöhne und dauerhaft prekäre Beschäftigung abgedrängt. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich so weit wie noch nie.

Die Gier nach hohen, kurzfristigen Renditen ist stärker als die Entwicklung einer langfristigen Strategie. Die jüngsten Reallohnsteigerungen nach einer langen Phase der Reallohnverluste in Deutschland stehen unter Vorbehalt, denn längst ist das neoliberale Wirtschaftsmodell wieder salonfähig.

Wir brauchen eine neue Verständigung für mehr Sozialstaatlichkeit und europäische Identität. Wir fordern die Abkehr von der Austeritätspolitik in Europa und die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsgrundlagen für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Wir brauchen eine neue Verständigung über einen nachhaltigen Fortschritt, der die Endlichkeit der Ressourcen zum Ausgangspunkt nimmt und ein qualitatives Wachstum anstrebt.

Unsere Hauptforderungen sind daher:

- ▶ Eine EU-Investitionsoffensive für erneuerbare Energien, Forschung und Bildung, Inf-rastrukturnetze, ökologische Landwirtschaft, Schutz der Umwelt und des Kulturerbes,
- ▶ Ein europäischer Solidaritätsfonds, um vor allem für junge Menschen neue Arbeitsplätze zu schaffen,
- ▶ Die Erhöhung der Eigenmittel des EU-Haushaltes durch Besteuerung von Finanztransaktionen und CO2-Emissionen.

Weiter muss endlich

- ▶ die Finanzwirtschaft neu geordnet werden,

Das heißt im Einzelnen:

- Der Finanzsektor muss schrumpfen Banken, die zu groß zum Sterben sind (too big to fail), darf es nicht mehr geben Dafür braucht es u.a. schärfere Eigenkapitalforderungen für Finanzinstitute,
- Austrocknung von Schattenbanken und Steueroasen,

- Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Diese Steuer muss den Handel mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten umfassen,
- Einführung eines Finanz-TÜV. Dieser TÜV prüft Finanzprodukte auf ihren sozialen und ökonomischen Nutzen und entscheidet über ihre Zulassung,
- Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und der Unternehmensmitbestimmung in der Finanzwirtschaft,
- ▶ die europäische Integration auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik weiterentwickelt werden. Dafür braucht es
 - ein gemeinsames europäisches Schuldenmanagement (Euro-Bonds),
 - eine europäische Koordinierung der nationalen Einkommens- und Steuerpolitiken.

▶ Gerechte und innovative Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA

Die Freihandelsabkommen Europas mit Kanada und den USA sind Ausdruck einer auf reinem Wettbewerb und Gewinnorientierung ausgerichteten und letztlich Demokratie und Staat aus-

hebelnden Wirtschaftspolitik. Durch die Freihandelsabkommen besteht die Gefahr, dass

- ▶ die Standards zentraler Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgesenkt,
- ▶ ausschließlich Rechte und Renditeansprüche der Kapitalseite geschützt und
- ▶ soziale Rechte, Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie Umweltstandards gesenkt werden,
- ▶ die kulturelle Eigenständigkeit der Länder Europas gefährdet wird,
- ▶ entwicklungspolitische Herausforderungen vernachlässigt werden,
- ▶ durch Investitionsschutz und Regulierungsräte demokratische Politik den Interessen von Konzernen untergeordnet wird.

Zudem sind die behaupteten ökonomischen und arbeitsplatzschaffenden Wirkungen fraglich bzw. ausschließlich auf internationale Großkonzerne beschränkt. Die Freihandelsabkommen verbessern damit nicht die Lebensbedingungen der Menschen, sondern dienen ausschließlich der Sicherung und Verbesserung der Profite von Großkonzernen. Damit sind die Freihandelsabkommen ein geopolitisches Projekt.

Das kann und darf nicht im Interesse eines Europas sein, das wir wollen. Wir wollen ein demokratisches, gerechtes und solidarisches Europa.

Unsere Forderung ist daher:

- ▶ Die vom Parteikonvent im September 2014 beschlossenen 14 Punkte an die Freihandelsabkommen TTIP und CETA müssen alle gleichermaßen erfüllt werden. CETA darf in der vorliegenden Fassung nicht ratifiziert werden.
- ▶ Weitere Entscheidungen zu den Freihandelsabkommen werden mindestens auf einem Bundesparteitag gefasst.
- ▶ Die Sozialdemokratie in der EU benötigt eine gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie.

▶ Gerechte und innovative nationale Wirtschaftspolitik

Immer noch wird auch in Deutschland von den meisten, sich als unabhängig bezeichnenden, Ökonomen die These vertreten, ungleiche Verteilung sei förderlich für Wirtschaftswachstum und in Deutschland gäbe es keine Notwendigkeit des Handelns:

„Ausgehend von der Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung erkennt der Sachverständigenrat aktuell in Deutschland keine beunruhigenden Entwicklungen hinsicht-

*lich einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. . . Demnach gibt sich akut kein wirt-schafts- oder arbeitsmarktpolitischer Handlungsbedarf.“
(Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtgesell-schaftlichen Entwicklung, JG 2014/15, Seite 281.)*

Diese Deutung der Mainstream-Ökonomie, der insbesondere konservative Medien folgen, wurde in Deutschland auch von großen Teilen der Politik aufgegriffen.

Aber:

*„Die Verteilungsfrage ist zu wichtig, um sie allein den Ökonomen, Soziologen, Historikern und Philosophen zu überlassen. Sie interessiert jedermann, und das ist gut so.“
(Thomas Piketty 2014, Seite 14 ff.)*

Denn:

- ▶ Ungleichheit belastet den Wohlstand und die Wohlfahrt der Gesellschaften. (Wilkinson und Pickett)
- ▶ Ungleichheit schadet Wachstum und Beschäftigung. (Stiglitz)
- ▶ Ungleichheit kann die wirtschaftliche Stabilität durch Schuldenanstieg gefährden. (Cynamon Fazzari)

- ▶ Ungleichheit schadet laut OECD der Verteilung des Wohlstands und bremst wirtschaftliches Wachstum.

In Deutschland sind die Einkommen deutlich ungleicher verteilt als vor 20 Jahren. Es gibt eine extrem ungleiche Verteilung des Vermögens und eine hohe Konzentration von Erbschaften.

Das hat soziale und politische Folgen:

- ▶ Beeinträchtigung der Lebensqualität, Beeinträchtigung der Chancengleichheit, steigende Armutsquote, zunehmende soziale Spaltung und soziale Segregation, steigende Abhängigkeit der unteren Einkommenschichten von staatlichen Transfers,
- ▶ zunehmende Wahlenthaltung von einkommensschwachen, bildungsferneren Wählerschichten, Schwächung des Staates durch öffentliche Armut bei gleichzeitig höher werden den privatem Reichtum.

Unsere Forderungen sind:

- ▶ **Gerechtere Primärverteilung durch**
 - **Stärkung der Gewerkschaften und der Tarifautonomie bzw. der Flächentarifverträge, insbesondere in Dienstleistungsberufen,**

- Mindestlohn ohne Ausnahmen und Anhebung des Mindestlohns und der Regelsätze,
 - Equal pay von Leihbeschäftigung und Stammbesellschaft vom ersten Tag an,
 - gleiche Bezahlung von Männern und Frauen,
 - Zurückdrängen von Minijobs und Werkverträgen und weiteren prekären Beschäftigungsverhältnissen wie z.B. Praktika, Leih- und Zeitarbeit sowie zeitlich befristete Beschäftigungsverhältnisse.
- Gerechtere Sekundärverteilung in der Finanzpolitik durch
- Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommenssteuer,
 - direkte Steuern statt indirekte Steuern erhöhen,
 - Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
 - eine Reform der Erbschaftssteuer, durch die der Staat mindestens 10 Mrd. Euro pro Jahr einnimmt,
 - Abschaffung der Abgeltungssteuer und Besteuerung von Kapitalerträgen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,

- konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung.

► Gerechte und innovative Investitionspolitik

Wir haben erlebt, dass die Einlagen der Banken nicht genügend vor den Risiken von Finanzspekulationen geschützt sind. Wir benötigen jedoch [billige] Kredite für die Realwirtschaft sowie geschützte Einlagen. Dies kann nur über ein Bankensystem verwirklicht werden, in dem Stabilität Vertrauen erzeugt und in dem Kundengeschäft und Investmentbanking getrennt werden.

Privater Reichtum geht einher mit öffentlicher Armut. Die staatlichen Nettoinvestitionen – Bruttoinvestitionen abzüglich Abschreibungen – sind seit 2003 im roten Bereich. Das führt dazu, dass Deutschland seit langem auf Verschleiß fährt und sich die Investitionslücken der öffentlichen Hand vergrößert haben. Jährlich fehlen allein im Bildungsbereich 45 Mrd. Euro, für Verkehrsprojekte 10 Mrd. Euro, für öffentliche Krankenhäuser 50 Mrd. Euro und den Kommunen fehlen 118 Mrd. Euro.

Die öffentliche Investitionsschwäche ist politisch gemacht. Die staatliche Finanznot wurde maßgeblich verursacht durch Steuersenkungen und die Kosten der Bankenrettung. Noch heute fehlen Bund, Ländern und Kommunen jährlich mindestens 45 Milliarden Euro auf-grund der Steuersenkungspolitik zwischen 2005 und 2011.

Um den Verfall der öffentlichen Infrastruktur zu stoppen, müsste jedes Jahr ein zweistelliger Milliardenbetrag investiert werden. Die Bundesregierung hat sich aber selbst gefesselt. Sie will weder Steuern erhöhen, noch neue Schulden machen. Und das obwohl die Regierung heute auf Pump investieren könnte, ohne die europäischen und nationalen Schuldenregeln zu verletzen. Der Verschuldungsspielraum bleibt aber ungenutzt, weil der schwarze Finanzminister an seinem Prestigeobjekt der „schwarzen Null“ festhält.

Deswegen versucht Wirtschaftsminister Gabriel jetzt die Investitionslücke mit privatem Kapital zu schließen. Dafür hat er eine Expertenkommission beauftragt, die ihren Bericht im April vorgelegt hat. Die Gewerkschaften kritisierten im Kommissionsbericht die geplante private Finanzierung öffentlicher Investitionen.

Privates Kapital gibt es nicht zum Nulltarif. Allianz, Münchner Rück & Co wollen drei bis vier Prozent Rendite, wenn sie ihr Geld in öffentlicher Infrastruktur anlegen. Das ist teurer als wenn der Staat sich aktuell mit einem Zins von 0,2 Prozent verschuldet. Die Geldhäuser möchten bevorzugt in öffentlich private Partnerschaften (ÖPP) investieren. Diese Teilprivatisierung wird richtig teuer. Höhere Finanzierungskosten, eine ineffiziente Bauweise und hohe Anwaltskosten treiben die Kosten in die Höhe. Die Zeche zahlen die Steuerzahler.

Wir wollen mehr Investitionen und öffentliche Verantwortung:

- ▶ grundsätzlich organisiert in einem Trennbankensystem,
- ▶ finanziert durch eine stärkere Besteuerung von hohem Einkommen und Vermögen, finanziert durch historisch niedrig verzinsten Kredite,
- ▶ und eine „Mobilisierung“ privaten Kapitals, die wir nur dann akzeptieren, wenn sie durch einen öffentlichen Investitionsfonds erfolgt, der Anleihen begibt. Die Planung und Durchführung der Investitionen muss dabei in öffentlicher Hand bleiben.

▶ Gerechte und innovative Wettbewerbspolitik

Die grundlegenden Weichen in der Wettbewerbspolitik werden inzwischen auf EU-Ebene gestellt. Dennoch müssen auch die verbliebenen nationalen Spielräume genutzt werden, um einen Turn-around in der Wettbewerbspolitik zu schaffen, um die Macht transnationaler Konzerne zu beschränken und Gemeinwirtschaft u.a. Genossenschaften, kommunale und selbstverwaltete Betriebe zu befördern. Die Mainstream-Ökonomie hat jahrelang versucht, die Gemeinwirtschaft zu diskreditieren. Gemeinschaftlich genutzte Ressourcen können sowohl der staatlichen Kontrolle als auch reinen Privatisierungen dauerhaft überlegen sein. Die Sozialdemokratische Partei muss die Diskussion

über „Common goods“ verstärkt aufgreifen. Wir benötigen eine gerechte und innovative sowie solidarische Wettbewerbspolitik.

Unsere Forderungen sind:

- ▶ **tatsächliche Beschränkung privatwirtschaftlicher Monopole, Entflechtung des Kapitalbesitzes,**
- ▶ **staatliche Unterstützung, vorrangig für kleine und mittlere Unternehmen,**
- ▶ **stärkere Förderung der Gemeinwirtschaft,**
- ▶ **Beseitigung kartellrechtlicher Beschränkungen für nicht-gewinnorientierte Unternehmen,**
- ▶ **einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz für fair produzierte und gehandelte Produkte**

▶ **Gerechte und innovative Politik der Nachhaltigkeit**

Es ist keine nachhaltige Politik, wenn umweltschädliche Produktions- und Konsumweisen erst mit – heute mehr als 53 Milliarden Euro im Jahr - subventioniert werden und dann weitere Milliarden aus dem Haushalt bereitgestellt werden müssen, um Schaden an Umwelt und Gesundheit wieder halbwegs zu kompensieren. Unser Rat kann nur sein, umweltschädliche Subven-

tionen systematisch abzubauen." Dies würde nicht nur Umwelt und Gesundheit entlasten, sondern auch neue Finanzierungsspielräume schaffen - etwa für den Klimaschutz, die Bildung, die Sanierung von Straßen oder den Ausbau des öffentlichen Bus- und Schienenverkehrs.

Den Flächenverbrauch senken

Insgesamt sind die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die Zerstörung von Böden auf die Dauer nicht vertretbar und sollten beendet werden. Angesichts global begrenzter Landwirtschaftsflächen und fruchtbarer Böden sowie der wachsenden Weltbevölkerung ist der anhaltende Flächenverbrauch mit all seinen negativen Folgen unverantwortlich. Dies gilt auch und besonders mit Rücksicht auf künftige Generationen.

Unsere Forderungen sind:

- ▶ **Eine sozial verträgliche Abschaffung der Entfernungs-pauschale,**
- ▶ **Die Begünstigungen für Unternehmen bei den Energiepreisen werden reduziert und auf energieintensive Unternehmen beschränkt, die dem internationalen Wettbewerb stark ausgesetzt sind,**
- ▶ **Die Abschaffung der Steuervergütung für Agrardiesel.**

- ▶ Einen ‚Umweltcheck‘ für Subventionen, der alle Subventionen auf negative Umweltwirkungen untersucht und sie regelmäßig einer Wirkungs- und Erfolgskontrolle unterzieht.
- ▶ Landes- und Regionalplanung stärken und das vorhandene Instrumentarium der Raumordnung zur Begrenzung der Außenentwicklung zielführend anwenden.
- ▶ Schädliche Subventionen, die die Außenentwicklung begünstigen, wie die Pendlerpauschale oder die Förderung der Erschließung von Gewerbegebieten auf der grünen Wiese, abbauen.
- ▶ Die Belastung durch weitere Zersiedelung durch eine zweckmäßige Reform der Grundsteuer zu minimieren. Hierzu zählt ein zoniertes kommunales Satzungsrecht, mit dem gezielt baureife oder ungenutzte Grundstücke mobilisiert werden können. Weitere Rahmenbedingungen können mit der Grunderwerbsteuer und I oder Schaffung einer Bauland-Ausweisungs-Umlage oder einer Neuerschließungsabgabe verbessert werden.
- ▶ Neubau von Gebäuden, Bundesfernstraßen und anderer Verkehrsinfrastrukturen reduzieren und stattdessen Bestehendes instand setzen und verbessern.



PROFIL SCHÄRFEN – SOZIALDEMOKRATISCHEN AUFBRUCH GESTALTEN

THEMENÜBERGREIFENDER MUSTERANTRAG

Die Auswirkungen von Kriegen, Konflikten und Krisen treffen immer mehr auch Deutschland. Ihre Ursachen liegen vor allem in wachsenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen Regionen und Staaten sowie innerhalb einzelner Staaten. Weltweit öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich, Schwach und Mächtig immer weiter. Terror, Gewalt, Vertreibung und Flucht sind Symptome der sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen.

Die Flüchtlingsströme geben konservativen und reaktionären Kräften bei uns Gelegenheit von diesen Ursachen abzulenken und die politische Tagesordnung mit nationalistischen und fremdenfeindlichen Diskursen zu bestimmen und die Sorge zu schüren, dass der Staat die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung vernachlässigen würde. Durch die Flüchtlingsdebatte werden Defizite und Ungerechtigkeiten in Deutschland zum Thema: Wohnungsmangel, regionale Ungleichgewichte und Strukturschwächen, Lücken in den sozialen Sicherungssystemen von Gesundheit über Arbeitslosenversicherung bis zur Altersvorsorge, ein ausgedünnter öffentlicher Dienst und viel zu geringe Investitionen in Daseinsvorsorge und Infrastruktur – um nur einige Stichworte zu nennen.

Während sich ein großer Teil der Bevölkerung sorgt, werden die Reichen und Superreichen immer reicher, selbst in der heutigen Niedrigzinsphase. Und der Staat nimmt sie nur unzureichend in

die Pflicht. Ihre Stärke spiegelt sich allerdings nicht in ihrem Beitrag für das Gemeinwohl wider.

Diese wachsende Schere zwischen Arm und Reich gefährdet unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, die Freiheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gerade in dieser Zeit ist eine Sozialdemokratie gefordert, die klar für Gerechtigkeit steht.

Der 2009 begonnene Reformprozess mit dem Regierungsprogramm 2013 war eine kurze Phase der Re-Sozialdemokratisierung der SPD, aber diese wurde immer wieder durch widersprüchliche politische Botschaften konterkariert.

Wir wollen das Vertrauen in das sozialdemokratische Versprechen nach einer menschlicheren, gerechteren und friedlichen Gesellschaft erneuern.

Obwohl SPD-Themen wie Mindestlohn und Rente mit 63 die Regierungsarbeit des ersten Jahres bestimmten, blieben die Umfragewerte für die SPD im Schnitt unter dem Bundestagswahlergebnis von 2013. Das führte dazu, dass wieder Debatten geführt werden, die einen inhaltlichen roll-back bedeuten. Mit der Ausrichtung auf das Lebensgefühl einer „leistungsstarken Mitte“ sollen Verteilungsfragen wie z.B. die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform der Erbschaftssteuer, Maßnahmen gegen

Altersarmut eher ausgeblendet werden, da sie dieses Lebensgefühl nicht treffen würden.

Die SPD darf ihren Gestaltungswillen als Partei der sozialen Gerechtigkeit nicht aufgeben und muss an den Reformprozess 2009 bis 2013 anknüpfen. Es reicht nicht, vor Wahlen die soziale Karte z.B. für einen Sozialpakt zu ziehen.

Die SPD muss Orientierung bieten: Gegen politische Resignation und Spaltung der Gesellschaft. Für Vertrauen in Programm und Handeln der Sozialdemokratie.

I. Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen

Deutschland braucht mehr Investitionen. Der Bedarf liegt derzeit bei mindestens 200 Milliarden Euro für die nächsten Jahre. Neben den klassischen Investitionen in Straßen, den ÖPNV und in Gebäude gilt es auch in soziale Infrastruktur zu investieren: in Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, Bildung und Kultur.

Die SPD muss dafür sorgen, dass

- ▶ vom öffentlichen Sektor entscheidende Impulse ausgehen. Länder und insbesondere die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausreichend eigene Mittel.
- ▶ Die SPD darf sich mit der Schuldenbremse und dem Fiskal-pakt in der gegenwärtigen Form nicht abfinden, denn beide

Verbote wirken in Deutschland und Europa als Bremse für Investitionen. Die Einhaltung der Schuldenbremse darf gerade in den Zeiten niedrigster Zinsen kein Investitionshemmnis sein. Die Schuldenbremse durch Einwerbung privaten Kapitals zu umgehen, ist inakzeptabel. Dies wäre nicht nur wesentlich teurer als eine direkte Aufnahme von Staatsanleihen, sondern es würde die demokratische Handlungsfähigkeit des Staates einschränken und ihn von privaten Geldgebern abhängig machen. Wir brauchen stattdessen eine erneuerte, moderne „goldene Regel“, die Neuverschuldung in Höhe der Nettoinvestitionen ermöglicht und den Begriff der Investition stärker als bisher auf Wachstumsförderung ausrichtet.

II. Arbeitswelt demokratisieren, Rente existenzsichernd gestalten, Gesundheit solidarischer finanzieren

Es muss zu allererst um die menschliche Gestaltung der Arbeitswelt gehen. Dies bedeutet neue Initiativen zur Humanisierung der Arbeit, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung von Industrie und Dienstleistungen und den neuen Umwälzungsprozess in der gesamten Wirtschaft, Reduzierung von Stress, Verkürzung von Arbeitszeiten und Gesundheitsschutz, besonders hinsichtlich der zunehmenden psychischen Erkrankungen.

Die SPD muss

- ▶ die Mitbestimmung in Betrieben und Verwaltungen ebenso

wie die europäische und globale Mitbestimmung in internationalen Konzernen ausbauen helfen,

- ▶ den begonnenen Weg von Mindestlohn, Stärkung der Tarifautonomie, Bekämpfung des Missbrauchs von Leiharbeit und Werkverträgen, einer Reform der Hartz-Gesetzgebung in Richtung einer Arbeitsversicherung mit Verlängerung des ALG-I-Bezuges und gezielten Programmen gegen verhärtete Langzeitarbeitslosigkeit weitergehen. Den Mindestlohn wollen wir dynamisieren und armutsfest machen, wirksam kontrollieren, durch ein Verbandsklagerecht stärken sowie die Ausnahmen abschaffen,
- ▶ die Lücke zwischen Arbeitsentgelten von Frauen und Männern durch ein wirksames Lohngleichheitsgesetz schließen,
- ▶ die Qualifizierungsoffensive (Aus- und Weiterbildung), vor allem durch Systematisierung der beruflichen Weiterbildung, sinnvolle Weiterentwicklung des Berufsbildungsgesetzes, Mindestausbildungsvergütung, Recht auf bezahlte Qualifizierungen, Finanzierung auch durch Branchen- und regionale Fonds aus betrieblichen Umlagen fortsetzen.

Wir brauchen endlich die Bürgerversicherung in der Kranken- und Pflegeversicherung

- ▶ mit der wir anschlussfähig sind, die alle Einkommensarten einbezieht, paritätisch finanziert ist und in der die Beitragsbemessungsgrenze entsprechend angehoben wird,

- ▶ um über eine gerechte solidarische Finanzierung auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität und die Zugänge zum medizinischen Fortschritt für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren.

In der Rentenpolitik muss die SPD

- ▶ die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) wieder zur Hauptsäule der Altersvorsorge machen. Sie muss vor allem lebensstandardsichernd ausgestaltet werden anstatt zur Grundsicherung zu verkommen,
- ▶ das gesetzliche Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 % stabilisieren. Dazu sind die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren abzuschaffen,
- ▶ die Riesterrente bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge abschaffen. Es darf keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme welcher Art auch immer geben. Die Finanzierungslücke ab etwa 2020 ist durch den Bundeszuschuss (u. a. freie Mittel Riester) und die vom DGB vorgeschlagene Demografiereserve zu schließen.

Das gesetzliche Rentenzugangsalter darf nicht weiter steigen. Die Lösung liegt nicht in längerem Arbeiten bis 67 als faktischem Zwang, um der Altersarmut zu entgehen.

Perspektivisch ist die Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als ArbeitnehmerIn, Beamte oder Selbständige

die Lösung. Notwendige Schritte dorthin müssen sofort nach der nächsten Bundestagswahl erfolgen.

III. Durch Europa sozialen Frieden garantieren

Jahre praktizierter Sparpolitik, von Rückschritten in der europäischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie der kontinuierlichen Beschneidung von Mitbestimmung haben Europa entsolidarisiert. Fiskalunion und freier Warenhandel wirken momentan wie das wichtigste Bindeglied.

Auf europäischer Ebene müssen die Handlungsfähigkeiten der Staaten gesichert werden. So hat das deutsche Beispiel gezeigt, dass Konjunkturprogramme Krisen überwinden helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in Energie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem für junge Menschen, absolut notwendig.

Die SPD muss

- ▶ in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachstumskurs fördern, nicht auf die noch härteren Sparmaßnahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich richtig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da nur so die Menschen wieder Vertrauen in die europäische Idee und ihre europäischen Partner gewinnen können. Eine Union, die für Rentenkürzungen, fehlende Krankenversicherung und gellschaft-

liche Verarmung steht, wird niemals bei den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg haben können. Wir sind überzeugt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger diesen politischen Ansatz gutheißen werden, wenn wir ihn konsequent verfolgen und uns nicht von rechten Ideologen beirren lassen,

- ▶ die soziale Dimension der EU weiter stärken und insbesondere in der Eurozone die sozialen mit den wirtschaftlichen Rechten gleichstellen. Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Mindeststandards für Arbeitnehmerrechte, Sicherungssysteme und Mitbestimmung,
- ▶ alle Punkte, die zu TTIP, TISA und CETA vom SPD-Parteitag beschlossen wurden, sind zu erfüllen. Diese Bedingung sehen wir bisher nicht annähernd umgesetzt. Viele Menschen erwarten gerade von der SPD, dass wir ihre Interessen wahren und keine faulen Kompromisse eingehen. Die Beteiligung vieler Menschen an der Debatte über die Handelsabkommen darf auch als partizipatorischer Erfolg gewertet werden. So stellen wir uns gelebte Demokratie vor.

IV. Humanität und Verantwortung in der Flüchtlingspolitik zeigen

Unsere Flüchtlingspolitik muss von Humanität und Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt sein. Humanitäre Hilfe ist kein gnädiger Akt, sondern eine ethische Verpflichtung. Im letzten Jahr waren so viele Menschen vor Krieg, Hunger und Verfol-

gung auf der Flucht wie noch nie seit Bestehen der Europäischen Union. Viele dieser Menschen flohen nach Europa und Deutschland und werden es auch weiterhin tun. Dabei nahmen und nehmen die Flüchtlinge häufig gefährliche Wege in Kauf. Im vergangenen Jahr ertranken 2760 Flüchtlinge im Mittelmeer bei dem Versuch, von der Türkei oder Nordafrika aus Europa in Schlauchbooten zu erreichen, um hier ihr Recht auf Asyl geltend zu machen.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- ▶ legale und vor allem sichere Zuwanderungswege nach Europa geschaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier besonders schutzbedürftiger Personen wie Frauen, Kindern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen,
- ▶ Zuwanderungsgrenzen für Flüchtlinge verhindert werden. Den Schutz, den das Grundgesetz politisch Verfolgten garantiert, bleibt unantastbar. Wie für keine andere Partei aus ihrer Überzeugung und Geschichte heraus ist dies für die Sozialdemokratie politische Verpflichtung,
- ▶ Flüchtlinge müssen so schnell wie möglich integriert werden. Ein Schlüssel für Integration ist eine gute Ausbildung und ein Arbeitsplatz. Beides setzt wiederum gute Sprachkenntnisse voraus. Auf Drängen der SPD-Fraktion hat der Bund die Integrationskurse für Asylbewerber mit einer guten Bleibeperspektive geöffnet und die Mittel entsprechend erhöht.

Die SPD muss dafür sorgen, dass

- ▶ die Eingliederungstitel der Jobcenter erhöht werden, um Flüchtlinge mit einer guten Bleibeperspektive bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützen zu können. Die Aufstockung der Mittel des Jobcenters wird aber auch Menschen zu Gute kommen, die schon lange in Deutschland leben und bislang vergeblich eine Arbeit gesucht haben,
- ▶ keine Konkurrenzsituation von Flüchtlingen und deutschen Arbeitnehmern entstehen. Einer Absenkung des Mindestlohns für Flüchtlinge treten wir entschieden entgegen.

V. Friedenspolitik aktiv gestalten

Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, muss vor allem die Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benennen und bekämpfen. Auch hier geht es vor allem um Gerechtigkeit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehungen und Klimawandel. Dies erfordert den Blick sowohl in die Staaten und Regionen, wie auf globale und internationale Beziehungen. Wer von Friedensschaffung und Friedenssicherung reden will, darf über eine gerechte Gestaltung der Globalisierung nicht schweigen. Die vielbeschworene „Verantwortung Deutschlands in der Welt“ darf nicht als Vorwand für immer neue und intensivere militärische Einmischungen benutzt werden, sondern muss vor allem präventiven und diplomatischen Charakter haben.

Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass

- ▶ eine drastische Reduzierung der geplanten Aufrüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin in Höhe von 130 Mrd. Euro bis 2030 vorgenommen wird,
- ▶ die eingegangenen Verpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit (0,7 % des Bruttoinlandprodukts) eingehalten werden,
- ▶ die Social Development Goals (SDGs) seitens der Bundesrepublik (Nachhaltigkeitsziele, soziale Entwicklung weltweit) konsequent umgesetzt werden, z. B. durch verbindliche Regelungen in den Handelsbeziehungen, die diese Ziele für alle Unternehmen durchsetzen und kontrollierbar machen,
- ▶ restriktive Regelungen der deutschen Rüstungsexport-Politik und deren Durchsetzung auch auf europäischer Ebene gesetzlich verankert werden.

Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss ausgleichend sein und die zivile Krisenprävention muss im Mittelpunkt stehen. Weder darf die Isolationspolitik gegen Russland, noch darf der Waffenexport in kriegstreibende Länder wie Saudi-Arabien fortgesetzt werden. Das weltweite Diktat der G 20-Staaten oder der G-8-Staaten ohne Russland darf nicht fortgesetzt werden.

Ökonomische und ökologische Ausbeutungen können zu zunehmenden Spannungen führen und auch Bürgerkriege entfachen.

EU und USA hätten in Syrien vorzeitig auf Friedensgespräche drängen müssen, statt einseitig Partei zu ergreifen. Syrien ist so fragmentiert, dass mit allen Parteien geredet werden muss.

Sowohl im Welthandel wie bei der Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit brauchen wir globale Institutionen.

VI. Steuern durch gerechte Steuern

Eine solidarische und friedliche Gesellschaft ist nicht kostenlos zu haben. Sie braucht einen gut finanzierten Staat. Zur Zukunftssicherung bedarf es wieder einer sozialdemokratischen Steuerpolitik mit einer

- ▶ sozial ausdifferenzierten Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz,
- ▶ der Kapitalbesteuerung mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz,
- ▶ einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer,
- ▶ und einer Erbschaftssteuer, die Betriebsvermögen so behandelt, dass reinvestierte Gewinne berücksichtigt werden, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern, dem Gleichheitsbehandlungsgrundsatz des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird und mindestens 10 Milliarden Euro einbringt.

- ▶ Die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

Eine solche Steuerpolitik muss einhergehen mit

- ▶ der schärferen Eigenkapitalausstattung von Banken,
- ▶ dem Kampf gegen Schattenbanken und Steueroasen,
- ▶ einer Einführung eines Finanz-TÜVs zur Prüfung und Zulassung neuer Finanzprodukte,
- ▶ Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehung nach dem Solidarprinzip.

BILDNACHWEISE

Titelseite	shutterstock · Jacob Lund
Seite 6	Adobe Stock · Pavlo Vakhrushev
Seite 24	Adobe Stock · marqs
Seite 40	Adobe Stock · Marcus Klepper
Seite 58	Adobe Stock · singkham
Seite 72	Adobe Stock · Nightman1965
Seite 82	Adobe Stock · alotofpeople

FORUM DEMOKRATISCHE LINKE

DIE LINKE IN DER SPD.

A stylized, high-contrast illustration of Karl Marx. He is depicted from the chest up, wearing a dark suit jacket, a white shirt, and a dark tie. He has a full white beard and is looking slightly to the right. In his right hand, he holds a large, frothy beer glass with a crown of hops on top. The entire illustration is rendered in white lines and shapes against a solid black background.

Wir,

das Forum Demokratische Linke – DL21 sind ein Verein linker SozialdemokratInnen, der in der SPD mit guten Inhalten, Strategien und Konzepten neue Impulse setzt.

Dafür brauchen wir deine Unterstützung!
Wenn du Fragen oder Anregungen hast oder bei uns mitmachen willst, ruf uns an oder schreib uns unter:

030 4692 238

info@forum-dl21.de

**Komm vorbei!
Auf ein Bier mit Karl.**